

Mit Haltung gegen Populismus.

Erfahrungen aus Europa



Inhalt

Zum Mitnehmen	3
Einleitung	4
Bisherige Reaktionsstrategien	8
Länderstudien	13
Dänemark	14
Finnland.....	18
Frankreich.....	21
Niederlande.....	25
Norwegen	29
Österreich	32
Schweden	36
Gibt es ein Patentrezept gegen Rechtspopulismus?	39
Fazit	44
Quellen	48
Die Autoren	56

Zum Mitnehmen

- In den letzten Jahren haben populistische Kandidaten und Parteien beachtliche Erfolge erzielt. Einige befinden sich gegenwärtig auf ihrem Allzeithoch.
- Die Erfolge der Populisten gingen zu Lasten der Parteien links und rechts der Mitte. Populisten attackieren, was den Parteien der Mitte lange Zeit wichtig war und noch immer ist: Weltoffenheit, Toleranz, Solidarität und ein geeintes Europa. Den demokratischen Parteien links und rechts der Mitte kann es nicht gleichgültig sein, wenn ihnen Rechts- und Nationalpopulisten Wähler streitig machen und ihre Errungenschaften in Frage stellen.
- Lange Zeit war der Umgang mit Populisten von Stigmatisierung, Ignorieren, Ab- und Ausgrenzung geprägt, aber auch von Unsicherheit, Zögern, Annäherung an und Übernahme von Positionen der Populisten bis hin zur Bildung von Koalitionen. Dauerhaft geschadet hat den Populisten keine dieser Strategien.
- In jüngster Vergangenheit hat sich jedoch ein Ansatz gezeigt, der Populisten aufhält. Es ist eine Kombination aus Haltung und Politik, die den Menschen nützt und ihnen Mut macht. Auf diese Weise haben Emmanuel Macron in Frankreich, Mark Rutte in den Niederlanden sowie Alexander Van der Bellen und Sebastian Kurz in Österreich Populisten besiegen können.

Einleitung



In den letzten Jahren haben populistische Kandidaten und Parteien in Europa – von anderen Kontinenten ganz zu schweigen – beachtliche Erfolge erzielt. Einige, wie die Partei Recht und Gerechtigkeit in Polen oder die Schweizerische Volkspartei sind sogar die stärksten Parteien in ihren Ländern geworden und besetzen dort höchste Staats- und Regierungsämter. Italien wird seit kurzem von zwei populistischen Parteien regiert, der linkspopulistischen Fünf-Sterne-Bewegung und der rechtspopulistischen Lega. Eine derartige Konstellation gab es bis dato nur in Griechenland, wo die linkspopulistische Syriza nach den zweiten Parlamentswahlen des Jahres 2015 eine Koalition mit den Unabhängigen Griechen (ANEL) eingegangen war. In Österreich und in Norwegen sind rechts- und nationalpopulistische Parteien als Juniorpartner Teil von Koalitionsregierungen. Etliche populistische Parteien wie die Fünf-Sterne-Bewegung oder die in „Lega“ umbenannten Traditionspartei Lega Nord in Italien, die Dänische und die Schweizerische Volkspartei, die Alternative für Deutschland, Podemos in Spanien, La France Insoumise, die polnische Regierungspartei und die Schwedendemokraten befinden sich gegenwärtig auf ihrem Allzeithoch (vgl. Tabelle 1).

Populismus ist jedoch keine neue Erscheinung. Seit den 1980er Jahren beschäftigt er in Europa Politik und Wissenschaft (vgl. Kitschelt und McGann 1995, Betz 2002, Decker 2004, Bauer 2010a). Aber es scheint, als habe er wieder einmal Konjunktur. Dabei ist Populismus nicht gleich Populismus. Linke Populisten fordern etwas anderes als rechte. Rechte Populisten sind auch Nationalisten, aber Nationalpopulisten sind nicht zwangsläufig „rechts“¹. Nicht alle Populisten sind gleich radikal und gleich schrill in Auftritt und Tonalität. Gemeinsam ist allen Populisten jedoch, dass sie ein Krisensymptom sind. Durch Zustimmung zu populistischen Parteien bringen Wähler zum Ausdruck, dass – zumindest aus ihrer Sicht – etwas falsch läuft in der Politik. Dabei kann es sich um das Gefühl von Benachteiligung, zunehmender sozialer Ungleichheit oder Abstieg handeln, die Sorge vor Terrorismus, vor „Überfremdung“ durch Einwanderer aus anderen Kulturkreisen, vor Unübersichtlichkeit in einer globalisierten Welt oder davor, den Folgen politischer Entscheidungen, die weit entfernt von der eigenen Lebenswirklichkeit fallen, ausgeliefert zu sein. Das ist der reale Nährboden von Populismus.

Auf den ersten Blick mag es wünschenswert erscheinen, wenn Politik populistisch, also „volksnah“, „volksverbunden“ oder „für das Volk“ gemacht wird. Aber Populismus ist etwas anderes und er birgt zahlreiche Probleme. Manche davon sind mit den Grundsätzen der Demokratie unvereinbar. Gemeinsam ist allen Populisten, dass sie zwar Defizite ansprechen, aber kaum praktikable Lösungen anbieten. Sie schüren reale Sorgen und verschärfen bestehende oder sich anbahnende Konflikte, tragen aber nichts zu deren Lösung bei. Populisten vertiefen bestehende Spaltungen in der Gesellschaft. Sie leben von Vorurteilen („korrupte Eliten“, „die Fremden kommen nur, um uns etwas wegzunehmen“) und schlachten diese für eigene Zwecke aus. Populismus ist eine Strategie zur Mobilisierung von Menschen, die sich Sorgen machen, die verunsichert oder unzufrieden sind. Er ist kein Politikansatz, der Lösungen für meist komplizierte Probleme anbietet oder konstruktive Zukunftsperspektiven für das Wohl der gesamten Gesellschaft aufzeigt.

Populismus ist mit Grundsätzen der Demokratie unvereinbar.

Tabelle 1

Populistische Parteien in Europa (Auswahl)

Land	Partei(en)	Art	Wahlergebnisse in Prozent			aktuelle Stellung
			Parlament ^{a)}	Bestes Ergebnis	Präsident	im Parteien- und Regierungssystem
AT	FPÖ	RNP	26,0	26,9 (1999)	46,2 (2.)	J (3.)
BE	VB	RNP	3,7	12 (2007)	/	O (6.)
CH	SVP	RNP	29,4	29,4 (2015)	/	MR (1.)
DK	DF	RNP	21,1	21,1 (2015)	/	O/T (2.)
DE	AfD Linke	RNP	12,6	12,6 (2017)	3,6 (3.)	O (3.)
		LP	9,2	11,9 (2009)	10,6 (2.)	O (5.)
ESP	U Podemos	LP	21,2	21,2 (2016) ^{b)}	/	O (3.)
FI	Perus	RNP	17,6	19 (2011)	9,4 (4.)	O (3.)
F	FN FI	RNP	13,2	13,6 (2012)	33,9 (2.)	O (3.)
		LP	11,0	11 (2017) ^{c)}	19,6 (4.)	O (4.)
GB	UKIP	NP	1,8	12,6 (2015)	/	APO (5.)
GR	Syriza Anel	LP	35,5	36 (2015, I.)	n.a.	S (1.)
		RNP	3,7	10,6 (2012, I.)	n.a.	J (7.)
IT	M5S Lega FDI-AN	LP	32,7	32,7 (2018)	11,9 ^{e)} (2.)	S (1.)
		RNP	17,4 ^{d)}	17,4 (2018)	n.a.	J (3.)
		RNP	4,4 ^{d)}	15,7 (1996)	/	
NOR	FrP	RNP	15,2	22,9 (2009)	/	J (3.)
NL	PVV	RNP	13,0	15,5 (2010)	/	O (2.)
PL	PiS	NKP	37,6	37,6 (2015)	52 (1.)	A (1.)
Swe	SD	RNP	12,9	12,9 (2014)	/	O (3.)

Legende:

Kursiv: Länder, die im Rahmen dieser Studie durch Feldforschungen näher untersucht wurden.

RNP: rechts- und nationalpopulistische Partei, NK: nationalkonservative, NP: nationalpopulistische Partei, LP: linkspopulistische Partei. Die unterschiedlichen Schriftstärken markieren den Grad der Ausprägung und ideologischen Härte der jeweiligen Richtung. Fett: befindet sich am jeweiligen Rand der Richtung oder ist auf dem Weg dorthin; normal: gemäßigte Ausprägung.

a) Jeweils letzte Wahl zum nationalen Parlament.

b) 2015 gewann Podemos bei ihrer ersten Wahlteilnahme 20,7 Prozent, bei der Wahl 2016 vereinte das neu gegründete Wahlbündnis Unidos Podemos 21,2 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich.

c) La France Insoumise ging als der Front de Gauche hervor und trat 2017 erstmals einzeln an.

d) Beide als Teil des Parteienbündnisses Centrodextra.

e) Vierter Wahlgang.

n.a.: nicht mit eigenem Kandidaten angetreten.

Grau unterlegte Zellen: Staatspräsident wird direkt gewählt.

A: Alleinregierung, (die Zahl in Klammern gibt die aktuelle Stärke im jeweiligen Parteiensystem an, gemessen an den Stimmenanteilen bei nationalen Parlamentswahlen: 1. = stärkste Partei, 2. zweitstärkste usw.), APO: außerparlamentarische Opposition, J: Juniorpartner einer Koalitionsregierung, MR: Mitglied der Regierung, O: Opposition, S: Seniorpartner einer Koalitionsregierung, T: toleriert eine Minderheitsregierung.

Stand: 01.06.2018.

Quellen: Eigene Zusammenstellung nach Nordsieck (verschiedene Jahrgänge), La Repubblica (2015), FAZ (2018), Galetti, Saranca und Wissmann (2017), Grabow (2018).

Populismus ist eine Strategie zur Mobilisierung von Menschen, die sich Sorgen machen, die verunsichert oder unzufrieden sind.

Von den unterschiedlichen Varianten des europäischen Populismus betrachten wir in dieser Studie nur den Rechts- und Nationalpopulismus. Diese beiden Varianten sind nicht nur weiter verbreitet als linker Populismus, sie sind auch eine größere Gefahr für die Demokratie, weil hier völkisch-nationalistische Propaganda ins Spiel kommt, die Menschen pauschal nach Herkunft, Nationalität, Religion und Hautfarbe verunglimpft und als Bedrohung für die Lebensweise und -qualität der Einheimischen stilisiert. Das Weltbild rechter und nationaler Populisten ist pessimistisch. Sie sehen sich und die Heimat von Feinden umgeben. Allein sie können „Volk und Vaterland“ vor dem drohenden Untergang, der „Islamisierung“, dem „großen Austausch“, dem Ausverkauf nationaler Interessen an politische Besatzungsmächte oder globale Märkte durch korrupte Eliten bewahren. Wer das nicht so sieht, ist in den Augen der Rechts- und Nationalpopulisten nicht einfach nur ein politischer Gegner, sondern ein Gegner des Volkes oder ein „Volksverräter“. Und die bekämpfen sie auf aggressive und verunglimpfende Art und Weise, vergiften und verrohen dabei den politischen Umgangston und -stil. Symbolisch aufgeknüpfte Puppen mit Abbildern von Regierungsmitgliedern bei Aufmärschen oder Äußerungen wie die des AfD-Vorsitzenden in Thüringen, die Bundeskanzlerin müsse in einer Zwangsjacke aus dem Bundeskanzleramt abgeführt werden (vgl. Die Welt 2016), zeigen dies nun auch in Deutschland².

Den Parteien links und rechts der Mitte kann es nicht egal sein, dass ihnen die Rechts- und Nationalpopulisten Stimmen abnehmen.

Diese Studie untersucht, wie Parteien links und rechts der Mitte in Europa auf ihre rechts- und nationalpopulistische Konkurrenz reagieren. Sie sind zum einen Adressat populistischer Attacken, zum anderen verlieren sie Wähler an die Populisten oder haben sie verloren. In manchen Fällen gingen diese Verluste eher zu Lasten sozialdemokratischer oder sozialistischer Parteien, z.B. in Dänemark, Finnland, Frankreich und in Österreich. In anderen waren konservative oder christlich-demokratische Parteien stärker betroffen, z.B. in Schweden oder in Deutschland. Schließlich treiben Populisten die Politik in ihren Ländern in eine Richtung, die auch Grundsätze der Parteien links und rechts der Mitte berühren, sei es hinsichtlich der Weltoffenheit der Gesellschaft im Ganzen, der Offenheit der innereuropäischen Grenzen für Personen und Waren oder schließlich die Haltung der Populisten zur weiteren Zusammenarbeit in der Europäischen Union. Aus diesen Gründen kann es den Parteien links und rechts der Mitte nicht egal sein, dass ihnen die Rechts- und Nationalpopulisten Stimmen abnehmen. Ihre bisherigen Reaktionen fielen allerdings sowohl in nationaler als auch in internationaler Hinsicht komplett uneinheitlich aus und waren bestenfalls von kurzfristigen Erfolgen gekennzeichnet. Ob sich jedoch in jüngster Vergangenheit tragfähigere „Umgangsformen“ gefunden haben, ist Gegenstand dieser Studie. Sie basiert auf aktualisierten Vorstudien der Verfasser, der Auswertung von Fachliteratur und schließlich auf leitfadengestützten Interviews mit Wissenschaftlern und Politikern in Frankreich, den Niederlanden und Österreich³.

- 1] Zum Begriff Populismus und zur Unterscheidung von Links- und Rechtspopulismus siehe z.B. Betz (2001), Hartleb (2006), Priester (2012), Müller (2016), Grabow (2016, 2018).
- 2] Wir haben hier eine recht milde Attacke aus dem Jahr 2016 gewählt. Aktuellere und heftigere Beispiele finden sich unter MDR (2017) oder Spiegel online (2018).
- 3] Die Autoren danken an dieser Stelle nochmals sehr herzlich Dr. Werner T. Bauer (Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung), Prof. Dr. Wolfgang C. Müller (Universität Wien), Pascale Joannin (Fondation Robert Schuman, Paris), Prof. Dominique Reynié (Fondapol, Paris), Jean-Yves Camus (Fondation Jean Jaurés, Paris), Geerten Boogard und Pieter Jan Dijkman (CDA Research Institute, Den Haag) sowie Prof. Dr. Ton Nijhuis (Universität Amsterdam). Die Interpretation der Interviews fällt allein in die Verantwortung der Verfasser.

Bisherige Reaktionsstrategien



Theoretiker und Praktiker suchen seit langem nach geeigneten Reaktionen auf Populisten (Goodwin 2011). Die Reaktionen lassen sich zunächst in zwei grobe Kategorien einordnen. Grundsätzlich können Parteien versuchen, die neue Konkurrenz von rechts auf Distanz zu halten oder sie können versuchen, sie in den politischen Prozess einzubeziehen. Die Distanzierung kann wiederum aktiv erfolgen, z.B. in Form einer ausdrücklich vorgenommenen inhaltlichen Abgrenzung von den Populisten oder auch passiv, z.B. dadurch, dass man die neue Konkurrenz einfach ignoriert und hofft, sie möge schnell von allein wieder verschwinden. Einbindung auf der anderen Seite kann wiederum offen erfolgen, indem eine oder mehrere der etablierten Parteien den Populisten eine Zusammenarbeit anbietet, z.B. in Form einer Koalition, oder verdeckt, indem eine oder mehrere etablierte Parteien versuchen, Themen, gelegentlich auch den Stil der Populisten zu kopieren, um Wähler zurückzuholen, die die betreffende(n) Partei(en) an die Populisten verloren hat bzw. haben. Aber selbst eine offene Einbeziehung muss nicht heißen, dass ein populistischer Herausforderer als willkommene Belebung oder zumindest legitimer neuer Mitspieler im Parteiensystem akzeptiert wird. Hinter einer Einbindung steckt meist die Absicht, die Populisten vor aller Augen zu „entzaubern“. Wie wir aus Österreich wissen, war diese Herangehensweise nur von kurzfristigem Erfolg gekrönt. Die FPÖ ist längst zurück und dabei professioneller und einflussreicher als je zuvor.

Aus der Vielzahl der in der Literatur beschriebenen Reaktionsweisen auf Populisten haben wir zehn Idealtypen isoliert, die in dieser oder ähnlicher Form am häufigsten angewendet und beschrieben worden sind. Acht davon fallen in die Kategorie Distanzierung und zwei in die Kategorie Einbindung (vgl. Tabelle 2). In der Praxis kommt es zwar meist zu einer Auswahl und damit auch Überschneidung mehrerer Reaktionsmöglichkeiten (siehe Länderstudien). An dieser Stelle widmen wir uns jedoch zunächst den Idealtypen, um deren Kern zu skizzieren.

Tabelle 2

Reaktionsstrategien gegen Populismus (Idealtypen)

Distanz halten	Einbinden
(1) Ignorieren und hoffen	(9) Annäherung/Übernahme von Positionen
(2) Abgrenzen	(10) Zusammenarbeit
(3) Ausgrenzen	
(4) Stigmatisieren	
(5) Entschärfen	
(6) Attackieren	
(7) Haltung	
(8) Gute Politik	

(1) *Ignorieren und hoffen*: Etablierte Parteien ignorieren Populisten im Wesentlichen aus drei Gründen: Sie wollen ihnen keine Aufmerksamkeit verschaffen, sie finden sie nicht wichtig genug oder die angesprochenen Themen werden als politisch zu heikel angesehen, so dass man bestrebt ist, sie gar nicht erst öffentlich zu diskutieren. Sofern alle Parteien und die Leitmedien mitspielen, kann das kurzfristig erfolgreich sein, die öffentliche Wahrnehmung der Populisten zu begrenzen. Aber erstens finden sie eigene Wege, um sich Gehör zu verschaffen und zweitens kann der politische Druck unter diesem Mantel des Schweigens zu einem bedrohlichen Ausmaß ansteigen. Etablierte demokratische Parteien sollten sich zwar nicht mehr mit Populisten

befassen, als diese an Aufmerksamkeit verdienen, aber die Hoffnung, dass Populismus durch Ignorieren verschwindet, ist falsch.

(2) *Abgrenzen*: Etablierte demokratische Parteien können sich auf zweierlei Weise von Populisten distanzieren. Sie können zum einen öffentlich erklären, niemals und in keiner Weise mit Populisten zusammenzuarbeiten oder auf Forderungen der Populisten einzugehen. Zum anderen können sie deutlich machen, wie sehr sich ihre Werte und Positionen von denen der Populisten unterscheiden und für die eigenen Positionen kämpfen. Übergänge zu anderen Reaktionen wie Stigmatisieren, Attackieren, Haltung und gute Politik sind hier möglich.

(3) *Ausgrenzen*: Dies ist ein zumindest koordinierter, gelegentlich auch formal vollzogener Akt der anderen Parteien. Als „weiche“ Variante der Ausgrenzung können sich die anderen Parteien auf ein Kontaktverbot gegenüber den Populisten verständigen und diese aus moralischen oder taktischen Gründen aus dem Spiel halten, wobei die Populisten mit einer Art Bann belegt werden (*cordon sanitaire*). In harter Ausführung kann Ausgrenzung aber auch bedeuten, dass die Spielregeln des politischen Wettbewerbs geändert werden oder Populisten der Zugang zu Möglichkeiten verwehrt wird, die andere Parteien haben. Das schließt neben Einführung oder Veränderungen von Sperrklauseln bei Wahlen beispielsweise auch Einschränkungen der Parteienfinanzierung oder Änderungen von parlamentarischen Geschäftsordnungen zu ihren Ungunsten ein oder aber, dass Populisten für Verstöße gegen demokratische Prinzipien sanktioniert werden. Derartige Maßnahmen sind demokratisch allerdings fragwürdig, weil versucht wird, eine zunächst nicht illegitime Partei durch Regeländerungen zum Schweigen zu bringen. Dadurch kann das ohnehin schon durch die Populisten zum Ausdruck gebrachte Misstrauen gegenüber „dem Establishment“ oder ihr Ausgrenzungs- und „Opfer“-Mythos weiter geschürt werden.

(4) *Stigmatisieren*: Hierbei handelt es sich um eine harte Form der Abgrenzung. Populisten werden dabei nicht nur als politische Gegner dargestellt, sondern als Bedrohung für die Demokratie und die demokratische Kultur. Auch wenn dies durch Inhalte und Stil der populistischen Mobilisierung im Einzelfall gerechtfertigt sein kann, packt dieser auch zur Empörung und moralischen Selbstüberhöhung neigende Ansatz das Übel nicht an der Wurzel, sondern trägt eher zur Mythen- und Lagerbildung bei und ist kaum geeignet, populistische Weltansichten zu verändern.

(5) *Entschärfen*: Mit der Wahl dieser Strategie versuchen die etablierten Parteien, die tatsächliche oder von Populisten behauptete Bedeutung von bestimmten Themen herunterzuspielen, etwa indem sie andere in den Mittelpunkt rücken. Dadurch können Wähler jedoch in der Meinung bestärkt werden, Politiker würden nicht auf ihre Bedenken hören. Langfristig kann so auch das Vertrauen in die politischen Institutionen abnehmen und das Funktionieren des politischen Systems untergraben werden (McLaren 2011: 164). Darüber hinaus ist es für etablierte Parteien generell schwierig, jene Themen zu kontrollieren, die größtenteils von ihren Gegnern gestaltet werden (Bale et al. 2010: 413).

(6) *Angriff*: Bei dieser Strategie scheuen die anderen Parteien die offene Auseinandersetzung mit Populisten nicht. Das verschafft Populisten zwar Akzeptanz durch die anderen Parteien und zusätzliche Aufmerksamkeit, aber letztere verschaffen sich Populisten in der Regel ohnehin. Es ist aber ein Zeichen von Stärke und Souveränität, wenn die etablierten demokratischen Parteien den lautstark und kraftmeierisch vorgetragenen, oftmals aber inhaltsleeren oder komplett widersprüchlichen populistischen Forderungen ihre Meinung entgegenhalten und Populisten in die Schranken weisen. Das müssen die etablierten demokratischen Parteien nicht jeden Tag tun

und sie sollten auch nicht auf jede Konfrontation oder jede Provokation eingehen. Aber ein „gezielter Schlag“ gegen die verunglimpfenden oder widersprüchlichen Positionen von Populisten erscheint weitaus souveräner als die fünf anderen bisher skizzierten Reaktionsstrategien (vgl. auch Amann 2017: 263–272).

(7) *Haltung* ist, wenn ein Politiker seine Meinung auch auf politisch sensiblen Gebieten wie der Europa- oder der Flüchtlingspolitik im Zeitverlauf nicht verändert, die öffentliche Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner nicht scheut und dabei seine Meinung offensiv vertritt. Parteien, Bewegungen oder Allianzen zeigen Haltung, wenn sie geschlossen hinter ihrem Spitzenkandidaten stehen.

(8) *Gute Politik*: Populisten finden dann gute Entfaltungsmöglichkeiten vor, wenn sie an latente oder bereits vorhandene Probleme oder Befürchtungen in der Bevölkerung andocken können, diese ausschachten oder aufbauschen und so für sich nutzen. Auch wenn ein Teil der Wählerschaft für populistische Skandalisierung und Mobilisierung empfänglich ist und mit sachlich richtiger Argumentation oder tatsächlich guten Bilanzen kaum noch überzeugt werden kann, ist es zumindest zur Eindämmung von Populismus wichtig, dass die etablierten demokratischen Parteien, gerade die, die sich in Regierungsverantwortung befinden, die große Mehrheit der Bevölkerung durch erbrachte Leistungen überzeugen und bei sich halten. Das schließt die Fähigkeit ein, Probleme so zu lösen, dass es dem Land und damit der Bevölkerungsmehrheit gut geht, sie sich sicher und in den Händen der Regierenden „gut aufgehoben“ fühlt und dass letztere durch ihr Verhalten Populisten keinen Grund liefern, das Verhalten von Eliten zu skandalisieren. Auch wenn die Zeiten großer Ideologien oder großer Zukunftsvisionen vorbei zu sein scheinen, ganz ohne Wertefundament und daraus abgeleiteten Perspektiven bliebe auch gute und pragmatische Problemlösung nichts als seelenloses Politikmanagement. Gute Politik hat deshalb auch immer einen in die Zukunft gerichteten Plan und bietet der Bevölkerung die Möglichkeit an, sich an politischen Prozessen und Entscheidungen zu beteiligen.

(9) *Annäherung an/Übernahme von populistischen Positionen*: Die erste der beiden Einbindungstrategien ist die, die empirisch am häufigsten vorzufinden ist. Durch Übernahme von Themen und Positionen populistischer Parteien sollen Protestwähler zurückgewonnen werden (Bale et al. 2010: 413; Goodwin 2011: 24). Jedoch kann ein solcher U-Turn dazu führen, dass die Glaubwürdigkeit der etablierten Partei beschädigt wird, wenn die Wähler den Umschwung eher als Ergebnis politischer Opportunität anstatt aufrichtiger Überzeugung auffassen. Zudem ist es möglich, dass sich die eigene Basis entfremdet und parteiinterne Streitigkeiten ausbrechen, die die eigene Glaubwürdigkeit weiter untergraben können. Dahingegen werden populistische Parteien gestärkt, wenn auch andere ihre Positionen vertreten. Übernahme oder Annäherung an Positionen von Populisten steigert zudem die Anreize für diese, ihre Forderungen höherzuschrauben, weil sie erkennen, wie erpressbar die anderen Parteien sind. Die Folge ist, dass die Populisten die Agenda bestimmen und die anderen Parteien vor sich hertreiben. Schließlich können sich die Populisten in der Öffentlichkeit stets als das Original präsentieren, dem die anderen um den Preis von Haltung und Glaubwürdigkeit hinterherlaufen (Decker 2004: 268).

(10) Eine *Zusammenarbeit* der etablierten Parteien mit Populisten kann auf drei verschiedenen Ebenen erfolgen: Etablierte Parteien können mit Populisten formale Koalitionen eingehen (exekutive Kooperation) oder von Fall zu Fall mit ihnen kooperieren, z.B. indem Populisten Initiativen anderer Parteien unterstützen oder umgekehrt (legislative Kooperation). Eine dazwischenliegende Variante der Kooperation ist gegeben, wenn sich Minderheitsregierungen von Populisten tolerieren lassen. Exekutivkooperationen erfolgen meist aus machtpolitischen Überlegungen, zum

Beispiel damit einer Partei in einer solchen Koalition die Seniorrolle zufällt und nicht die eines Juniorpartners in einer anderen Konstellation (Geden 2007: 24). Kooperationen zwischen etablierten Parteien und Populisten werden in der Regel damit gerechtfertigt, dass letztere durch realpolitische Zwänge „entzaubert“ werden sollen, etwa indem sie sich nicht mehr glaubwürdig als Anti-Establishment-Partei profilieren können und gezwungen sind, ihre inhaltliche sowie verbale Radikalität abzumildern (Rydgren 2006: 177, Heinisch 2003: 101 f., Minkenberg 2001: 2). Eine Regierungsbeteiligung kann Populisten aber auch Legitimation verleihen und somit einen Schritt aus ihrer Marginalisierung bedeuten (Rydgren 2006: 177). Häufig wird von der exekutiven Kollaboration abgeraten, da eine populistische Partei so direkten Einfluss auf die Politikgestaltung erhält (Geden 2007: 24). Besonders gravierend ist dies jedoch in Situationen, in denen die Rechtspopulisten eine Minderheitsregierung tolerieren und sie so Einfluss auf die Politik erhalten, ohne Verantwortung übernehmen zu müssen (Grabow und Hartleb 2013a: 405). Wenn sich die Zusammenarbeit auf der legislativen oder exekutiven Ebene auszahlt, kann sie sich auch auf die elektorale Ebene ausdehnen (Downs 2001: 28). Dabei verbündet sich die etablierte Partei vor den Wahlen mit der rechtspopulistischen Partei, was einerseits zwar zu Stimmengewinnen führen, andererseits aber auch den Eindruck verstärken kann, dass eine etablierte Partei ihre Agenda zugunsten des Machtgewinns verkauft.

In den letzten Jahren waren häufig Übernahmestrategien zu beobachten, aufgehalten hat das die Populisten nicht.

Die Tatsache, dass den acht Distanzierungsstrategien nur zwei Einbindungsstrategien gegenüberstehen, heißt nicht, dass die etablierten demokratischen Parteien links und rechts der Mitte seit dem Auftauchen rechts- und nationalpopulistischer Parteien überwiegend auf eine der zahlreichen Distanzierungsstrategien gesetzt hätten. Überwogen in den ersten Jahren noch Versuche, die neue Konkurrenz zu ignorieren oder sie auszugrenzen, waren in der Vergangenheit am meisten stillschweigende Annäherungs- und Übernahmestrategien zu beobachten. Wie an der gegenwärtigen Stärke der Rechts- und Nationalpopulisten abzulesen ist (vgl. Tabelle 1), hat sie das nicht aufhalten können.

Länderstudien





Dänemark

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern wurden in Dänemark die 1995 gegründete Dänische Volkspartei (DF) und deren Vorgängerin, die 1972 als steuerkritische Protestpartei ins Leben gerufene Fortschrittspartei (FP), von den anderen Parteien nicht isoliert (Klein 2013: 113, Downs 2002: 43, Meret 2011: 260). Beide Bewegungen wurden von Anfang an als „normale“ politische Parteien akzeptiert. Aufgrund des Verhältniswahlsystems und der hohen Fragmentierung des Parlaments waren bereits die konservativ-liberalen Regierungen unter Poul Schlüter von 1982 bis 1993 auf die Unterstützung der FP angewiesen (Klein 2013: 113). Obwohl diese ihnen bei der Verabschiedung mehrerer Haushalte half, blieben die Zugeständnisse an sie recht gering. Insbesondere die nicht-ökonomischen Themen der FP unterstützten die Regierungen nicht, da sie von den Sozialliberalen (RV) abhängig waren, die sich für eine liberale Einwanderungspolitik stark machten (Bale et al. 2010: 414).

Das Thema Einwanderung dominierte Politik und Massenmedien seit Mitte der 1990er Jahre, nachdem deutlich mehr Einwanderer, Flüchtlinge und Asylsuchende ins Land strömten. Einige der etablierten Parteien stimmten von Beginn an in den Anti-Immigrations-Diskurs ein, der von der unter diesen Bedingungen gegründeten DF ausging (Rydgren 2004: 493 f.). Dadurch entstand bei der Wählerschaft der Eindruck, die DF spreche ein brisantes Thema an und übe indirekt Einfluss auf die Politik aus. Die zuvor noch unbedeutende und marginalisierte Partei wurde durch die Übernahme ihrer Positionen schnell aufgewertet. Als erstes übernahm die liberal-konservative Venstre Forderungen der DF, was sich vor allem auf die Beteiligung der RV an Regierungen unter den Sozialdemokraten (1993–2001) zurückführen lässt (Bale et al. 2010: 415). Dies ließ die bisherigen Anreize, das Immigrationsthema bei einer effektiven Regierungsführung nicht auszuspielen, verblassen. So wandte sich Venstre zwischen 1997 und 2001 gegen die Immigrationspolitik der Regierung, die in ihren Augen zu großzügig war (ebd.: 421). 1998 setzte sie unter anderem Anzeigen zur Flüchtlingspolitik in mehrere dänische Zeitungen. Die Forderungen gingen ungewöhnlich weit und ähnelten denen der Fortschrittspartei in Norwegen (ebd., Bjørklund, Goul Andersen 1999: 26). Daraufhin war die Meinung zum Thema Einwanderung auch bei den Sozialdemokraten geteilt, die seit Mitte der 1990er Jahre besonders viele Wähler an die DF verloren hatten (Rydgren 2004: 494, Klein 2013: 114). Als ursprüngliche Verteidiger der Flüchtlingsmigration und des Multikulturalismus drifteten sie Ende der 1990er Jahre zunehmend in eine skeptische Haltung und Rhetorik (Bale et al. 2010: 415). Schließlich verschärfte die sozialdemokratische Regierung ihre Flüchtlings- und Einwanderungspolitik und ging damit partiell zu einer Übernahmestrategie über. 1997, als die DF in Meinungsumfragen von fünf auf 14 Prozent schnellte, ersetzte Premierminister Poul Nyrup Rasmussen die Innenministerin Birte Weiss, die eine Verschärfung der Immigrationspolitik ablehnte, durch Thorkild Simonsen, der sich bereits als Bürgermeister von Århus für eine härtere Gangart in der dänischen Flüchtlings- und Immigrationspolitik ausgesprochen hatte (Klein 2013: 114). Kurzzeitig hatte der personelle und inhaltliche Kurswechsel einen gewünschten Effekt und die Zustimmungswerte der DF sanken in den darauffolgenden Monaten (ebd., Bjørklund und Goul Andersen 1999: 25). Dennoch blieb die

Besonders die Sozialdemokraten verloren an die Populisten und verschärfen den Ton in der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik.

Immigrationspolitik zentrales Thema für den Wahlkampf 1998, in dem nicht nur die DF, sondern auch Venstre und die Sozialdemokraten mehr Restriktionen forderten.

Nach ihrem Parlamentseinzug 1998 wurde die DF von den anderen Parteien zunächst ignoriert und als nicht koalitionsfähig bzw. als nicht akzeptabel angesehen (Downs 2012: 141, Hellström und Hervik 2011: 4). Dennoch waren mit Ausnahme der Sozialliberalen alle anderen Parteien deutlich skeptischer gegenüber dem Multikulturalismus geworden (Schumacher und van Kersbergen 2014: 7). Die verstärkte Übernahme rechtspopulistischer Themen und Rhetorik hielt an. So machte Venstre in ihrer Wahlkampagne 2001 von wohlfahrtschauvinistischen Sprüchen wie „Dänemark muss nicht das Sozialamt für den Rest der Welt sein“ Gebrauch (Bale 2003: 78). Die Partei präsentierte sich als Verteidigerin des Wohlfahrtsstaates und forderte in einigen Bereichen sogar zusätzliche Ausgaben, um weder der DF noch den linken Parteien Angriffsfläche zu bieten (Decker 2004: 102). Nachdem die sozialdemokratische Innenministerin Karen Jespersen vorgeschlagen hatte, kriminelle Asylbewerber auf eine Insel zu verbannen, reagierten die Mitte-rechts-Parteien mit noch radikaleren immigrationspolitischen Forderungen (Downs 2002: 45, Goul Andersen 2003: 189). Da sich nach und nach alle Parteien des Themas angenommen hatten, konnte die DF ihren immigrationsfeindlichen Kurs weiter radikalisieren (Decker 2004: 102 f., Rydgren 2004: 496). An die Stelle der wohlfahrtschauvinistisch motivierten Stimmungsmache trat die ideologische Kritik am Multikulturalismus, die vor allem in muslimischen Zuwanderern eine Bedrohung der christlich geprägten Identität Dänemarks sah. Verstärkt wurde dieser Prozess durch die Anschläge vom 11. September 2001, die Resten einer Ignorierungsstrategie der anderen Parteien ein Ende setzten (Hellström und Hervik 2011: 4). Die DF nahm daraufhin eine noch härtere Position gegenüber dem Islam ein und auch Venstre und die Sozialdemokraten versprachen, die Immigrationspolitik zu verschärfen (Meret 2011: 269, Widfeldt 2015: 135). Eine Art Spirale wurde in Gang gesetzt, bei der sich – von der DF ausgehend – die Tonalität gegen in Dänemark lebende Muslime und Einwanderer verschärfte.

Der kollektive Rechtsruck konnte jedoch nicht verhindern, dass die Sozialdemokraten 2001 nicht nur zahlreiche Wählerstimmen, sondern auch die parlamentarische Mehrheit verloren (Downs 2012: 141). Unter den acht Parteien, die in das Parlament einzogen, wurden sie erstmals von Venstre überholt und die DF wurde drittstärkste Partei. Venstre und die Konservative Volkspartei bildeten eine Minderheitsregierung und die DF fand sich in der strategisch günstigen Rolle des „Königsmachers“ wieder. Indirekt kam es so zu einer exekutiven Zusammenarbeit zwischen den Regierungsparteien und der Dänischen Volkspartei.

Bereits am Wahlabend hatte der Parteiführer der Venstre, Anders Fogh Rasmussen, dieses Szenario vorausgesehen und erklärt, es stehe außer Frage, dass die DF an der neuen Regierung teilnehme (ebd.). Aufgrund der gegensätzlichen Ansichten in EU- und außenpolitischen Fragen sei es seiner Partei nicht möglich, mit ihr formal zu koalieren. Jedoch war die Kluft nicht groß genug, um ihn davon abzuhalten, der DF politische Zugeständnisse einzuräumen, wenn diese die Minderheitsregierung unterstütze. In der darauffolgenden Legislaturperiode konnte sich Venstre bei vielen Abstimmungen (z.B. Verabschiedung des Haushalts, innenpolitische Reformen) auf die Unterstützung der DF verlassen (legislative Kollaboration) (Downs 2012: 142). Im Gegenzug nahm die DF in Bereichen wie Immigration und Justiz Einfluss auf die Regierungsgaganda, was zu einer Verschärfung der Einwanderungsgesetze führte. Dabei bewahrten die Regierungsparteien zwar offiziell „saubere Hände“, räumten der DF jedoch zehn Jahre lang de facto-Macht in der nationalen Politik ein (ebd.: 136 f.).

Nach der Wahlniederlage 2001 erhielt auch bei den Sozialdemokraten der Teil der Partei Aufschwung, der die rechtspopulistische Position zu Immigration und Integration verfolgen wollte (Bale et al. 2010: 415). In den folgenden Jahren unterschieden sich ihre Positionen in diesem Bereich daher kaum von denen der Mitte-rechts-Regierung, deren Gesetzesvorschläge sie sogar oft unterstützten (legislative Kollaboration). Dieser Kurswechsel war für die Sozialdemokraten jedoch nicht so erfolgreich wie erhofft. Aufgrund ihrer hohen innerparteilichen Uneinigkeit bezüglich Immigration und Multikulturalismus konnten sie der Regierung nichts entgegenhalten, die behauptete, dass die Versprechen der Sozialdemokraten bedeutungslos seien, solange sie nicht mit den Sozialliberalen regieren. Bei den Parlamentswahlen 2005 mussten die Sozialdemokraten daher eine weitere Niederlage hinnehmen, während Venstre ihre Stellung als stärkste Partei beibehalten und ihre Minderheitsregierung fortsetzen konnte. Demzufolge erwies sich die politisch symbolische Beziehung für Venstre und die DF zumindest kurzfristig als eine win-win-Situation. Der Premierminister vermied es, international in Erklärungsnot zu geraten, eine xenophobe, euroskeptische Partei in seiner Regierung zu haben, während er auf eine EU-Verfassung drängte (Downs 2012: 142 f.). Zugleich genoss die DF die Freiheit, die Regierung kritisieren und eine drakonische Politik vorantreiben zu können, ohne dafür Verantwortung übernehmen zu müssen. Im Gegensatz zur FPÖ musste sie sich weder für unpopuläre Entscheidungen verantworten, noch wurden Streitigkeiten zwischen ihren pragmatischen und radikalen Kräften entfacht. Dadurch konnte die DF in Situationen, in denen ihr eine Schlüsselrolle zukam, geeint auftreten. In den folgenden Jahren hielt die Entscheidung, die DF als „Macht hinter dem Thron“ zu tolerieren, als dominante Strategie an (ebd.: 143). Zwar wurden vereinzelt auch Ausgrenzungsstrategien wie legale Sanktionen angewandt (z.B. Anklagen wegen Verleumdung und rassistischen Äußerungen), doch hatten diese keine nennenswerten Effekte. 2007 wurde die Regierung fortgesetzt, nachdem Rasmussens Versuch, sein Mandat zu stärken und sich von der Abhängigkeit der DF zu befreien, gescheitert war (ebd.: 144).

Fünf Monate vor den Parlamentswahlen 2011 lag der „blaue Block“ in Meinungsumfragen jedoch deutlich hinter dem „roten Block“ zurück, worauf er im Frühjahr mit der Wiedereinführung der Grenzkontrollen zu Deutschland und Schweden reagierte (Klein 2013: 105). Die liberal-konservative Minderheitsregierung hatte dieser kontroversen Maßnahme zugestimmt, nachdem die DF ihre Unterstützung für den neuen Haushalt zugesichert hatte (Downs 2012: 137). Im Wahlkampf zeigte sich erneut, dass die etablierten Parteien seit 2001 deutlich in ihrer politischen Rhetorik nach rechts gerückt waren (Klein 2013: 115). Erneut fanden sich die rechtspopulistischen Argumentationen bei Venstre und den Sozialdemokraten wieder. Zudem waren im Wahlkampf erstmals seit 2001 ökonomische Themen zentral (Stubager 2012: 861 f.). Nachdem die Mitte-rechts-Regierung im Rahmen der Wirtschaftskrise einige Wohlfahrtsmaßnahmen gekürzt hatte, versuchten die Sozialdemokraten und selbst die Sozialistische Volkspartei (SF) im Wahlkampf, als geeinte Plattform für den Ausbau des Wohlfahrtsstaates und eine striktere Immigrationspolitik aufzutreten. Obwohl die Sozialdemokraten ihren Stimmenanteil nicht verbessern konnten, kam es zu einem Regierungswechsel durch eine Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten, RV und SF unter der Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt (ebd.: 863). Die Regierung machte daraufhin einige Maßnahmen rückgängig, zu denen die DF beigetragen hatte (Widfeldt 2015: 137).

Unter dem Einfluss der DF rückten die dänischen Parteien nach rechts. Das heißt: Die Populisten bestimmen die Agenda, die anderen ziehen nach.

Eine Begrenzung der Einwanderung wird auch von linken Parteien gefordert

Im Wahlkampf 2015 war Immigration erneut eines der zentralen Themen, wobei sich die Sozialdemokraten und Venstre weiterhin einer Annäherungs- und Übernahmestrategie bedient und sich für eine weitere Verschärfung der Einwanderungsgesetze ausgesprochen hatten. Obwohl die Sozialdemokraten wieder zur stärksten Partei aufsteigen konnten, wurde die bisherige Regierung abgewählt. Es folgte eine

Minderheitsregierung unter Lars Løkke Rasmussen (Venstre), die von der DF, der Konservativen Volkspartei und der Liberalen Allianz toleriert wird (indirekte exekutive Kollaboration).

Die DF hatte maßgeblich von den im Februar verübten islamistischen Attentaten in Kopenhagen profitiert und wurde erstmals stärkste Kraft im „blauen Block“ (Wirries 2015: 130). Der Versuch, eine bürgerliche Mehrheitsregierung zu bilden, scheiterte rasch an den unüberbrückbaren Differenzen unter den vier Parteien und die DF entschied aus taktischen Gründen, in der Opposition zu bleiben (Matlok 2015: 1). Aus dieser heraus wurden ihr bereits einige Zugeständnisse gemacht, etwa die Kürzung der finanziellen Mittel für Asylbewerber und die Wahl der ehemaligen Parteivorsitzenden der DF, Pia Kjærsgaard, zur Parlamentspräsidentin (Herrmann 2015). Obwohl die bürgerlichen Parteien einige Vorschläge der DF wie die personelle und technische Verstärkung der Grenzkontrollen ablehnen, ist eine direkte Kollaboration mit ihr seit ihrer indirekten Unterstützungsphase nicht mehr ausgeschlossen, z.B. dann, wenn sie ihre EU-kritischen Positionen abmildern würde (Matlok 2015: 1 f., Widfeldt 2015: 138). Schließlich war auch bei den Sozialdemokraten nach den Wahlen 2015 ein deutlicher Richtungswechsel in der Asyl- und Zuwanderungspolitik erkennbar: Die neue Parteivorsitzende Mette Frederiksen und der Fraktionsvorsitzende Henrik Sass Larsen erklärten, dass der vormals liberale Kurs der Partei in den 1990er Jahren ein Fehler gewesen sei und die Sozialdemokraten alles dafür tun würden, die Zuwanderung nichtwestlicher Migranten zu begrenzen (Arndt 2016: 782).



Finnland

Die anderen Parteien übernahmen die Themen und Rhetorik der PS, um sie kleinzuhalten – allerdings mit wenig Erfolg.

Bis zu den Europawahlen 2009 hatte die Partei Die Finnen (PS), die 1995 als Nachfolgerin der seit 1959 bestehenden Finnischen Bauernpartei gegründet wurde, höchstens marginalen Einfluss auf die Politik und wurde von den anderen kaum ernst genommen (Raunio 2013: 133, 152). Als sich die PS bei den Europawahlen 2009 auf knapp 9,8 Prozent der Stimmen steigern konnte und zum relevanten Mitspieler in der finnischen Politik wurde, verfolgten die anderen Parteien eine kollektive Ausgrenzungsstrategie gegenüber der PS und stellten sie als unverantwortliche und gefährliche politische Kraft dar, die viel rede und wenig handle. Vor allem die Grünen und die Schwedische Volkspartei (SFP) standen der PS kämpferisch gegenüber. Jedoch machten dieses Wahlergebnis und die folgenden deutlich, dass der von den etablierten Parteien geknüpfte *cordon sanitaire* nicht ausreichte, um den Aufstieg der PS einzudämmen. Es war daher wenig überraschend, dass die Parteien links und rechts der Mitte neue Strategie wählten. Um der PS ihre Mobilisierungsthemen zu nehmen, änderten sie vor allem ihre EU- und immigrationspolitischen Positionen und übernahmen dabei Themen und Rhetorik der PS (ebd.). Im Wahlkampf 2011 waren die Grünen die einzigen, die eine Regierungszusammenarbeit mit der PS kategorisch ausschlossen (Alaja 2011, Jungar 2015: 189).

Die Parlamentswahlen 2011 müssen vor dem Hintergrund der Parteifinanzskandale der Mitte-Rechts-Regierung (Zentrumspartei [KESK], Nationale Sammlungspartei [KOK], Grüne, SFP) zu deren Halbzeit und der Euro-Rettungsmaßnahmen gesehen werden (Raunio 2013: 134). Letztere führten zu einer hitzigen Debatte über die EU und verdrängten alle bis dahin relevanten Wahlkampfthemen wie z.B. Wahlkampffinanzierung, Besteuerung oder gleichgeschlechtliche Ehen (Nurmi und Nurmi 2012: 235). Durch die Euro-Stabilisierungsmaßnahmen für Griechenland, Irland und Portugal war die Regierung zum ersten Mal gezwungen, ihre EU-Politik öffentlich zu rechtfertigen (Raunio 2013: 154). Sie verteidigte ihre Entscheidung mit den positiven Effekten der Maßnahmen für die finnische Wirtschaft, während alle Oppositionsparteien gegen die Pakete waren (ebd.: 152 f.).

Die Gangart gegenüber Einwanderern und Asylsuchenden wurde auch in Finnland härter.

Der Hauptnutznießer der Parteifinanzskandale und der EU-Diskussion war zweifelsohne Die Finnen (ebd.: 136). Ihr Stimmenanteil stieg von 4,1 auf 19 Prozent. Nach diesem Wahlerfolg plante der Parteivorsitzende der KOK, Jyrki Katainen, trotz der euroskeptischen Haltung der PS eine Koalition mit ihr und den Sozialdemokraten einzugehen (Arter 2011: 1285). Dies lässt sich nur vor dem Hintergrund der traditionell starken Konsensorientierung in der finnischen Politik verstehen. Demzufolge werden die Parteien, die die größten Stimmenzuwächse verzeichnen, in die Regierung einbezogen, um die Wahlergebnisse widerzuspiegeln (Jungar 2015: 196). Auch 80 Prozent der PS-Wähler erwarteten, dass die Partei Regierungsverantwortung übernehmen und das „verknöcherte“ Parteiensystem beleben würde (ebd.). Obwohl die Mitglieder und Abgeordneten der PS die Regierungsbeteiligung unterstützten, lehnte der Parteivorsitzende Timo Soini ab. Offiziell begründete er dies damit, dass die PS an keiner Regierung teilhaben könne, die sich den Rettungspaketen verpflichtet habe (Raunio 2013: 150). Die daraufhin gebildete Sechs-Parteien-Koalition nannte Soini eine „Regierung aus Verlierern“ (Arter 2011: 1285 f.). Tatsächlich wurde damit

die finnische Tradition von Regenbogen- bzw. anything goes-Koalitionen aufrechterhalten, wie sie zuletzt 1995 bis 2003 gebildet wurden. Daraufhin verschärfte die KOK als Reaktion auf die Sozialdemokraten ihre EU-politischen Positionen und näherte sich diesbezüglich der ohnehin EU-skeptischen PS an (Koskinen 2013: 92). Ein Jahr nach den Wahlen verbrachten die etablierten Parteien (v.a. KESK und Sozialdemokraten) einen Großteil ihrer Zeit damit, über ihre rechte Schulter zu schauen anstatt an ihren eigenen Programmen zu arbeiten (ebd.). Damit verschärfte sich der Diskurs über Immigration. Zum Beispiel wurden bei den Sozialdemokraten und in der KOK Stimmen laut, Immigranten müssten sich mehr an die finnische Kultur anpassen.

Vor den Wahlen 2015 verfolgten alle Parteien relativ vorsichtige Kampagnen (Nurmi und Nurmi 2015: 434). Noch immer war kein Wirtschaftswachstum zu verzeichnen, die Arbeitslosenzahlen stiegen auf über neun Prozent, die EU-Sanktionen gegen Russland und Russlands Gegensanktionen trafen den finnischen Exportsektor hart. Das Verhältnis der Staatsschulden zum BIP näherte sich der kritischen 60-Prozent-Marke und die Ausgaben für die öffentliche Gesundheitsversorgung stiegen. Daher wurden Kürzungen im öffentlichen Bereich das zentrale Wahlkampfthema, wobei alle Parteien zustimmten, dass diese unvermeidlich seien (ebd.: 434 f.). Der eindeutige Wahlgewinner war die Zentrumsparterie, doch auch die PS konnte ihr Ergebnis konsolidieren, was im Hinblick auf den Wahlkampf überraschte, da dieser ohne jene Themen auskam, die ihren Erfolg 2011 erklärt hatten (Anti-Establishment, EU-Kritik) (Jungar 2015: 190). Dahingegen verlor die KOK an Stimmen und musste als die bis dahin den Premierminister stellende Partei die Hauptverantwortung für die wirtschaftliche Regression tragen (Nurmi und Nurmi 2015: 435). Wahlverlierer waren die Sozialdemokraten, die die Finanzministerin gestellt hatten und für den Zustand der öffentlichen Finanzen verantwortlich gemacht wurden.

Aufgrund der Wahlergebnisse war klar, dass Juha Sipilä (KESK) die Koalitionsgespräche führen würde (ebd.: 437). Dieser hatte sich im Wahlkampf auf keinen Partner festgelegt und auch eine Koalition mit der PS nicht ausgeschlossen (Ridder-Strolis und Rasche 2015a: 2). Nach den Wahlen teilte Sipilä mit, dass eine von ihm bevorzugte Koalition aus den vier großen Parteien bestehen würde, doch traten die Sozialdemokraten zurück, weil sie keine weiteren Kürzungen im öffentlichen Bereich tragen wollten (Nurmi und Nurmi 2015: 437). Daher blieb ihm nur eine Koalition mit der KOK und der PS übrig, die noch immer eine parlamentarische Mehrheit erzielte. Schritt für Schritt wurde die PS gleichermaßen „hoffähig“ und zur Mehrheitsbildung notwendig. Der zuvor gebildete *cordon sanitaire* wurde gelockert und es kam zur formalen Zusammenarbeit in Form einer Koalition.

Traditionell obliegt der zweitstärksten Koalitionspartei in Finnland der Posten des Finanzministers, doch Soini lehnte diesen aufgrund seiner kritischen Haltung gegenüber den Euro-Rettungsmaßnahmen ab (Ridder-Strolis und Rasche 2015a: 2). Stattdessen wurde er Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident. Die „Drei S“-Regierung (Sipilä, Soini, Stubb) wurde relativ zügig vereidigt, was sich auf den pragmatischen, ergebnisorientierten Verhandlungsstil Sipiläs zurückführen lässt (Ridder-Strolis und Rasche 2015b: 1).

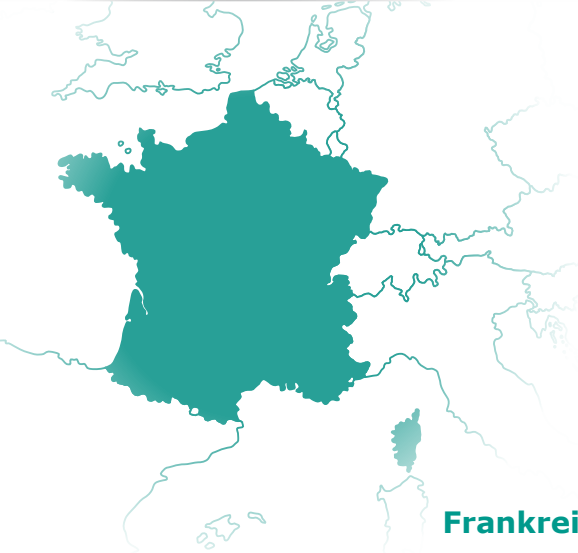
Bereits ein halbes Jahr nach Regierungsantritt schnitt die PS in Umfragen deutlich schlechter ab und auch die anderen beiden Regierungsparteien verloren an Zuspruch zugunsten der Sozialdemokraten (Yle 2016). Zahlreiche Wähler waren mit der Politik der PS seit deren Regierungsbeitritt unzufrieden und kritisierten vor allem die anhaltende Wirtschafts- und Flüchtlingskrise. Innerhalb der Koalition waren zahlreiche Spannungen beobachtbar, etwa im Zusammenhang mit der Reform des Gesundheits- und Pflegesektors oder der Frage, wie mit der seit Herbst 2015 rasch ansteigenden

Schritt für Schritt wurden Die Finnen „hoffähig“.

Als Koalitionspartner konnten Die Finnen wenig überzeugen und zerbrachen.

Zahl von Flüchtlingen umgegangen werden soll (Jochem 2016: 114). Während die PS für eine restriktivere Flüchtlingspolitik plädierte, verfolgten KOK und KESK eine eher ausgleichende Strategie (ebd.: 115). Zwar verschärfte die Regierung die Nachzugsregelungen für die Familien von Flüchtlingen, doch waren die Maßnahmen deutlich moderater als etwa in Dänemark. Durch die moderierende Rolle der KESK und KOK wurde die PS in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend isoliert (ebd.: 116).

Schließlich führten innerparteiliche Konflikte der PS fast zum Bruch der Koalition. Nachdem im Juni 2017 der wegen Volksverhetzung verurteilte Jussi Halla-aho zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, kündigte Ministerpräsident Sipilä die Auflösung des Kabinetts an (Schmiester 2017). Daraufhin spaltete sich der moderatere Flügel der PS, dem Soini sowie alle übrigen Minister angehören, von der Partei ab und bildete die Fraktion Blaue Zukunft (zunächst Neue Alternative), um die Regierungszusammenarbeit auf der Grundlage des bestehenden Regierungsprogramms fortzusetzen. Sipilä beendete daraufhin die Koalition mit der PS (die seitdem nur noch über 17 der 38 Sitze im Parlament verfügt) und nahm die Blaue Zukunft ins Kabinett auf, dessen Zusammensetzung somit unverändert blieb.



Frankreich

In Frankreich hat die extreme Rechte eine lange Tradition. Im Jahr 1972 gründete Jean-Marie Le Pen den Front National aus diversen rechten und nationalistischen Splittergruppen. Einen Achtungserfolg schaffte der FN bei den Europawahlen 1984, als die Partei mehr als elf Prozent der Stimmen erhielt und zehn Abgeordnete, darunter Le Pen, in das Europäische Parlament entsenden konnte. Unter Jean-Marie Le Pen galt der FN als nationalistisch, autoritär, rassistisch und antisemitisch (Bauer 2010a: 66). Die Partei unterhielt europaweit Kontakte in rechtsextremistische und neofaschistische Subkulturen. Le Pen selbst wurde mehrfach wegen der Leugnung bzw. Relativierung des Holocaust rechtskräftig verurteilt. Nichtsdestotrotz etablierte Le Pen seine Partei fest im französischen Parteiensystem. Scheiterte er bei den Präsidentschaftswahlen 1988 und 1993 jeweils noch in der ersten Runde, kam er 2002 mit knapp 17 Prozent der Stimmen in Runde eins in die Stichwahl, die er dann jedoch gegen den amtierenden Präsidenten Jacques Chirac verlor.

In der Folgezeit wurde der Parteigründer von seiner Tochter aus dem Amt gedrängt. Marine Le Pen gelang es im Zuge der von ihr angestrebten „Entdiabolisierung“, sich von der rechtsextremistischen Vergangenheit der Partei weitgehend zu befreien. Sie etablierte den FN als „Stimme des Volkes“ gegen Einwanderung, den Einfluss des Islam und gegen vermeintlich „abgehobene“ Eliten in Paris und Brüssel. Sie forderte die Bevorzugung der ethnischen Franzosen auf dem Arbeitsmarkt, bei der Vergabe von Wohnraum und Sozialleistungen, den Schutz der französischen Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz und wahlweise den Austritt Frankreichs aus der EU oder dem Euro. Feindbilder des FN waren Einwanderer, vor allem aus Nordafrika und anderen muslimischen Ländern zum einen, der globale Kapitalismus, die Vertreter der anderen etablierten Parteien links und rechts der Mitte als selbstvergessene Eliten, die EU und zunehmend Deutschland auf der anderen Seite. Der FN unter Marine Le Pen entwickelte sich zu einer sozialpolitisch eher linksgerichteten, protektionistischen Partei, die die Sorgen vieler Franzosen vor sozialem Abstieg, vor Überfremdung und Verlust der nationalen und kulturellen Identität, vor wachsender Unsicherheit, Terrorismus und Fremdbestimmung durch die EU bediente und so – vielleicht nicht Volkspartei im deutschen Sinne – wohl aber zu einer Partei der „kleinen Leute“ in Frankreich und zur stärksten Arbeiterpartei im Lande wurde (Bauer 2010a: 67, Balent 2013: 161 ff., Kempin 2017: 6 ff.).

Die wahre Stärke des FN ist nicht leicht zu beurteilen, da das französische Wahlsystem die Stärke einzelner Parteien stark verzerrt. So ist der FN bei Wahlen zur Nationalversammlung trotz eines zweistelligen Ergebnisses im Jahr 2002 leer ausgegangen, weil kein FN-Kandidat seinen Wahlkreis gewann. 2017 war das Ergebnis etwas geringer als 2012 (vgl. Tabelle 1), trotzdem erreichte der FN mit acht Direktmandaten mehr Sitze in der Nationalversammlung als je zuvor. Bei den Präsidentschaftswahlen steigerte sich der FN von 10,4 Prozent und Platz vier im Jahr 2007, dem letzten unter Jean-Marie Le Pen, auf 17,9 Prozent und Platz drei mit Marine Le Pen als Spitzenkandidatin im Jahr 2012. Fünf Jahre später qualifizierte sie sich mit einem Ergebnis von 21,3 Prozent als Zweitplatzierte für die Stichwahl, bei der sie dann aber gegen den jetzigen Amtsinhaber Emmanuel Macron mit 33,9 zu 66,1 Prozent deutlich

Marine Le Pen etablierte den FN als „Stimme des Volkes“ gegen Einwanderung, den Einfluss des Islam und gegen „abgehobene“ Eliten in Paris und Brüssel.

verlor. Europawahlergebnisse, bei denen der FN wie im Jahr 2014 mit 25 Prozent schon einmal Frankreichs stärkste Partei geworden ist, sagen nicht so viel aus, da sie von den Wählern (der anderen Parteien) in der Regel nicht ernst genug genommen werden, um verlässliche Aussagen treffen zu können. Unbestritten ist jedoch, dass der FN eine feste Größe in der französischen Politik ist und bis auf weiteres als drittstärkste politische Kraft des Landes angesehen werden kann, die sich vor allem bei Kommunal- und Regionalwahlen kontinuierlich steigern konnte (Kempin 2017: 22 f.).

Vom Vormarsch des Front National waren beide politischen Lager betroffen, aber insbesondere die Sozialisten haben nie eine Antwort auf den FN gefunden.

Vom Vormarsch des Front National waren beide politischen Lager betroffen, aber insbesondere die Sozialisten haben nie eine Antwort auf den FN gefunden. Ihre Strategen haben nicht verstanden, dass ehemalige Wähler auch mit nationalistischen, islam- und einwanderungsfeindlichen Positionen mobilisiert werden konnten. Eine Übernahme von FN-Positionen kam für die PS lange Zeit aber nicht in Frage, weil dies ihrem Selbstverständnis als weltoffene Partei zuwiderlief. Als Premierminister Manuel Valls nach einer Reihe von desaströs verlaufenden Kommunal-, Regional- und Europawahlen Ton- und Gangart gegen Flüchtlinge und Flüchtlingslager verschärfte (vgl. Balent 2015), war das Ansehen der zu diesem Zeitpunkt noch regierenden PS mit Staatspräsident François Hollande an der Spitze schon so ramponiert, dass das Kopieren von FN-Positionen den Sozialisten nicht mehr half.

Das Kopieren des FN hat den Bürgerlichen nur kurz genützt.

Während der FN zunächst auch mit Erfolg in die Reviere des bürgerlich-konservativen Lagers eindringen konnte, hat sich das Blatt gewendet, als Nicolas Sarkozy als Kandidat dieses Lagers bei den Präsidentschaftswahlen 2007 antrat. Sarkozy übernahm auf den Feldern der Einwanderung, der inneren Sicherheit, der Bekämpfung von Einwanderer-, Jugend- und Vorstadtkriminalität oder zu Fragen der Bewahrung der nationalen Identität nicht nur Positionen des FN, er übertraf sie teilweise noch in Inhalt und Stil. Das war zunächst nicht ohne Erfolg. Bei seiner Wahl zum Staatspräsidenten 2007 konnte er knapp 40 Prozent der Wählerinnen und Wähler zurückholen, die 2002 für den FN votiert hatten (Balent 2013: 178). Je länger Sarkozy die Franzosen aber auf die Einlösung seiner Wahlversprechen hat warten lassen, desto größer wurde die Enttäuschung und desto mehr Wähler gingen dem bürgerlichen Lager verloren.

In die Wahlen des Jahres 2017 ging dieses Lager unter dem Namen „Die Republikaner“. Sie konnten jedoch die katastrophale Lage, in die Präsident Hollande seine Partei und das Land manövriert hatte, nicht nutzen. Ihr Spitzenkandidat François Fillon, der vor allem auf wirtschafts- und finanzpolitische Themen setzte und auf Positionen des FN bestenfalls ganz am Rande einging (DFI 2017), galt lange Zeit als aussichtsreicher Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten. Er hatte sich aber durch eine zweifelhafte Beschäftigung seiner Ehefrau und zwei seiner Kinder zu Lasten der Staatskasse moralisch selbst schwer diskreditiert. Bei der Wahl im April 2017 kam Fillon nur auf den dritten Platz, rief seine Wähler aber zur Unterstützung des späteren Siegers Emmanuel Macron auf und begründete dies – sehr defensiv – damit, dass eine Präsidentin Le Pen für das Land nicht gut sei.

Mit dem Ausgang der Präsidentschaftswahlen im Mai 2017 und den direkt darauf folgenden Parlamentswahlen hatten die etablierten Parteien links und rechts der Mitte nichts mehr zu tun. Während Fillon immerhin noch 20 Prozent erreichte und die Republikaner bei der Parlamentswahl im Juni 2017 auf 15,8 Prozent und 113 Sitze in der Nationalversammlung kamen, versanken die Sozialisten mit 6,4 Prozent bei der Präsidentschaftswahl und 7,4 Prozent bei der Parlamentswahl im Bodenlosen.

Die französische Präsidentschaftswahl war ein Duell zwischen Marine Le Pen und Emmanuel Macron, zwischen alt und neu, zwischen Pessimismus und Optimismus, nationaler Abschottung und Weltoffenheit, Zaudern und Hoffnung oder zwischen gestern und morgen. Im Wahlkampf bekannte sich Macron offen zu Europa und als Befürworter von Zuwanderung. Sein Programm war eine Mischung aus wirtschaftsfreundlichen und sozialpolitisch ansprechenden Themen, in Bezug auf die Flüchtlingspolitik eine aus Humanismus und Strenge.

Le Pen war nicht Macrons Hauptwahlkampfthema. Das lag eindeutig in der Präsentation seiner eigenen Vorstellungen. Er wich Le Pen aber auch nicht aus. In den Diskussionen wurden große Qualitätsunterschiede sichtbar. Während Macron seine sachkundig begründeten Zukunftspläne vorstellte, zeigte Le Pen immer wieder inhaltliche Schwächen, verwickelte sich in Widersprüche und hielt der Diskussion mit ihrem Konkurrenten nicht stand.

Macron und seine kurz vor den Wahlen ins Leben gerufene Bewegung La République en Marche (LREM) haben das politische System Frankreichs komplett durcheinandergewirbelt und eine ungeahnte Hoffnung auf wirtschaftliche Belebung, erneuerte Sozialsysteme, gesellschaftlichen Zusammenhalt, Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele und Terrorabwehr ausgelöst (vgl. DLF 2018). Seine Bewegung, die zu einem Großteil aus Quereinsteigern besteht, gewann bei den Parlamentswahlen im Juni 2017 zwar die absolute Mehrheit der Sitze in der Nationalversammlung. In einem strategisch geschickten Schachzug berief Macron aber den Republikaner Édouard Philippe zum Premierminister und Mitglieder der sozialliberalen Demokratischen Bewegung (MoDem) in sein Kabinett.

Der „Macronismus“ hat die gesamte Mitte des französischen Parteiensystems besetzt und reicht weit in einst sozialdemokratische und bürgerliche Schichten hinein. Macron hat nicht nur für letztere ansprechende Steuersenkungen in Aussicht gestellt, als Präsident zeigt er durchaus auch Strenge gegenüber Flüchtlingen und im Asylrecht, die in beiden Lagern gut ankommt. Verlierer sind zum einen die Sozialisten, die aufgrund eigener Schwächen und ambitionierter sozialpolitischer Vorhaben von Macron ins Abseits geraten sind. Schwer wird es auch für die Republikaner. Sie sind in ihrem Marktsegment von der einen Seite von Macron und von der anderen Seite vom FN eingeklemt. Ihre aktuellen Überlegungen zur Neuprofilierung gehen eher in Richtung einer katholischen werte- und mittelstandsorientierten Provinzpartei als zu versuchen, sich zu einem etwa gleichstarken Gegner von LREM zu profilieren.

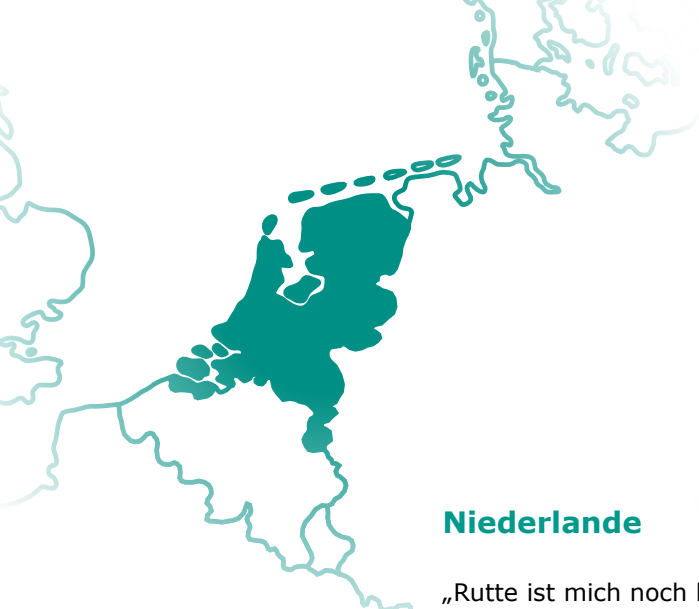
Verlierer sind auch der FN und Marine Le Pen. Seit den Wahlen von 2017 haftet ihr nun eindeutig ein Verliererimage an. Die Partei hat zwar regionale Hochburgen im Süden des Landes und in den ehemaligen Industriegebieten im Nordosten und sie erzielt bei Wahlen zweiter und dritter Ordnung durchaus Erfolge. Wenn es aber um die wirklich wichtigen Machtfragen geht, kann sie nicht gewinnen, zum Teil aus eigener Schwäche, zum Teil deshalb, weil sich die anderen Parteien und Kandidaten gegen sie verbünden.

Im Front National gären Macht- und Flügelkämpfe. Im Herbst 2017 verließ der „Kopf“ des FN, Florian Philippot, die Partei im Streit. Als größter Gegner des FN gilt gegenwärtig der FN selbst, obwohl Le Pen versucht, die Partei neu auszurichten. Die geplante, aber nicht unumstrittene Umbenennung in „Nationale Sammlungsbewegung“ (Rassemblement National, RN) signalisiert, dass Le Pen die Partei aus der rechtsextremen Ecke hinaus weiter in die Mitte rücken und v.a. bündnisfähig machen will. Die Niederlagen von 2017 und die seitdem anhaltenden Richtungs- und Flügelkonflikte bedeuten jedenfalls noch nicht, dass die Partei auf Dauer besiegt ist. Sie

Auch Präsident Macron zeigt Strenge gegenüber Flüchtlingen und im Asylrecht.

Im Front National gären Macht- und Flügelkämpfe.

hat eine große Organisation, zahlreiche Anhänger und viel Erfahrung in der Selbstdarstellung. Vor allem aber bestehen die sozialen und kulturellen Spannungen fort, die den FN so stark haben werden lassen. Sie lassen sich im Grunde auf all jene Konfliktmuster zurückführen, die bereits vor 130 Jahren parteiprägend waren (Kempin 2017). Dem Präsidenten, der Le Pen 2017 in einer Mischung aus Werten und Haltung, Perspektive und Mut zur Konfrontation besiegte, und seiner Regierung stehen nun viele Aufgaben bevor, wenn sie ein erneutes Erstarken des FN verhindern wollen. 2017 ist es ihnen noch gelungen – aber auf sehr hohem Niveau des Rechts- und Nationalpopulismus in Frankreich.



Niederlande

Eine populistische Wende konnte in den Niederlanden aufgehalten werden.

„Rutte ist mich noch lange nicht los!“ – diese Worte twitterte Geert Wilders von der Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit – PVV) am Ende des Wahlabends am 15. März 2017. Tatsächlich hatten Wahlumfragen im Vorfeld der Wahl auf ein enges Rennen zwischen Ministerpräsident Mark Rutte von der Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (Volkspartei für Freiheit und Demokratie – VVD) und Geert Wilders hingedeutet. Am Ende gewann Geert Wilders zwar an Stimmen dazu, konnte die Wahlen aber nicht für sich entscheiden. Mit 21,3 Prozent und 33 Sitzen lag die VVD deutlich vor der PVV mit 13 Prozent und 20 Sitzen. Eine populistische Wende konnte in den Niederlanden aufgehalten werden.

Geert Wilders hat seinen Zenit erreicht.

Spätestens seit Pim Fortuyn 2002 seine eigene Partei (Lijst Pim Fortuyn) gründete, hatten die Niederlande mit einer charismatischen und theatralischen Persönlichkeit ihren populistischen Herausforderer gefunden. Nationalismus und Islamophobie erhielten Einzug in die öffentliche Debatte. Der Ton in der politischen Kultur ist seither rauer geworden. Am 6. Mai 2002 wurde Pim Fortuyn von einem Linksaktivisten ermordet. Dies war der Anfang vom Ende der Lijst Pim Fortuyn, die sich ohne ihre Führungsperson nicht etablieren konnte und 2007 auflöste. Viele Anhänger von Pim Fortuyn fanden ihre neue politische Heimat bei Geert Wilders. Dieser hatte bereits 2006 eine neue Partei gegründet, nachdem er sich 2004 von der VVD abgewandt hatte (Voermann und Lucardie 2013). Ebenso wie die Lijst Pim Fortuyn ist die Partij voor de Vrijheid, die mit Geert Wilders nur ein Mitglied hat, auf eine Person fokussiert. Sein Wahlprogramm für die letzte Wahl umfasste eine Din A4-Seite. Niederländische Experten gehen davon aus, dass Geert Wilders seinen Zenit erreicht hat. Seit 2016 hat er einen Herausforderer im eigenen Lager, der um seine Wählerschaft buhlt: Thierry Baudet gründete das Forum voor Democratie (FvD). Bei den letzten Wahlen erreichte das FvD 1,8 Prozent und damit zwei Sitze. Thierry Baudet versucht sich durch ein intellektuelles Auftreten von Wilders abzusetzen. Programmatik beinhaltet das FvD die Abschaffung des Euro, eine strikte Immigrationspolitik sowie neue Formen der Demokratie (Nijhuis 2017).

Für die Niederlande lässt sich weder eine einheitliche noch eine gemeinsame Reaktionsstrategie der vier größeren Parteien links und rechts der Mitte feststellen. Stattdessen hat jede Partei, auch aufgrund ihrer Erfahrung mit Populisten in der Vergangenheit, unterschiedliche Reaktionsstrategien entwickelt. Diese variieren zwischen „Distanz halten“ und „Annäherung“. Im Zeitverlauf kam es in Teilen zu Strategiewechseln, die unter anderem mit einzelnen Persönlichkeiten der Partei in Verbindung stehen. Die Wahl einer Strategie ist damit auch mit der Person selbst verknüpft und ihr Erfolg davon abhängig, wie authentisch diese Strategie innerhalb und außerhalb der Partei vertreten werden kann. Gemeinsam ist allen Parteien, dass eine Regierungsbeteiligung von Geert Wilders derzeit ausgeschlossen wird. Dies hängt jedoch weniger mit politischen Überlegungen zusammen, sondern viel mehr mit den Lehren aus der Vergangenheit und der inhärenten Instabilität von Ein-Mann-Parteien. Insgesamt ist in den Niederlanden die generelle Bereitschaft für die Zusammenarbeit von Parteien, unabhängig von ihrer politischen Couleur, jedoch vorhanden.

Die Christdemokraten zerbrachen an einem internen Richtungsstreit im Umgang mit Geert Wilders.

Die Christdemokraten (Christen-Democratisch Appèl, CDA) erhielten bei der letzten Wahl 12,4 Prozent der Stimmen und damit 19 Sitze. Die Strategie der Christdemokraten ist vor allem vor dem Hintergrund der negativen Erfahrungen der 2010er Jahre zu betrachten. Nach den Wahlen 2010 zerbrach die Partei an einem internen Richtungsstreit im Umgang mit Geert Wilders. Dabei stand die Frage im Raum, ob der CDA die Zusammenarbeit mit Wilders ablehnen oder mit Wilders zusammenarbeiten sollte, indem eine Minderheitsregierung mit CDA-Beteiligung von Wilders geduldet wird. Schließlich entschied sich ein Parteitag für Letzteres. Die dann gebildete Regierung zerbrach jedoch zwei Jahre später. Bei den nächsten Parlamentswahlen mussten die Christdemokraten deutliche Stimmenverluste hinnehmen und in die Opposition gehen. Aufgrund der schlechten Erfahrungen mit Wilders selbst, aber auch der innerparteilichen Diskussion, die mit vielen Mitglieder- und Wählerverlusten einherging, wird eine erneute Zusammenarbeit mit Wilders derzeit abgelehnt.

Der CDA verfolgt unter dem Parteivorsitzende Sybrand van Haersma Buma die Strategie, Wählern, die wütend und unzufrieden sind und zu Wilders abwandern könnten, das Gefühl zu geben, dass sie gehört werden und der CDA für die Probleme – anders als Geert Wilders – richtige Lösungen anbietet. Die Standpunkte von van Haersma Buma sahen vor diesem Hintergrund einen Wandel hin zu einer kritischeren Haltung gegenüber Immigration und Europa vor. Einerseits hofft man damit, die an Wilders abgewanderten Wähler zurückzugewinnen. Andererseits birgt diese Annäherung und kritischere Haltung aber die Gefahr, die empathischen und solidarischen Christdemokraten als Wähler zu verlieren. Diese „klassischen“ Christdemokraten bleiben im Wählerspektrum zurück und sehen die Strategie der Annäherung von van Haersma Buma durchaus kritisch. Die Reaktion des CDA besteht daher aus einem Spagat, zwischen Annäherung, um vermeintlich verlorene Wähler „zurückzugewinnen“ und zugleich Besinnung auf die klassische Christdemokratie und einer Ablehnung der Zusammenarbeit mit Wilders. Der Wandel der Reaktionen von Duldung bzw. Einbindung der Populisten bis zu einer Annäherung an Positionen, aber Ablehnung einer Zusammenarbeit war beim CDA weniger schleichend als bei der VVD. Insbesondere die Annäherung an Positionen von Wilders konnte beim CDA weniger authentisch vollzogen werden als bei der VVD, die in ihren Reihen immer einen starken konservativen Flügel hatte.

Die Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD) gewann die letzten Wahlen mit 21,3 Prozent der Stimmen und 33 Sitzen. Ihr ist es gelungen, sowohl unterschiedliche Teile in der Bevölkerung anzusprechen als auch die unterschiedlichen, etwa gleich starken Flügel innerhalb der Partei zu bedienen. Der zum marktliberalen Flügel zählende Parteivorsitzende und derzeitige Ministerpräsident Mark Rutte konnte sich 2006 in einer Kampfabstimmung knapp gegen Rita Verdonk durchsetzen. Diese zählte zum konservativen Flügel der Partei und wurde später aus der VVD-Fraktion ausgeschlossen. Daraufhin gründete sie die rechtspopulistische Partei Trots op Nederland (Stolz auf die Niederlande).

Innerhalb der VVD gab es eine Annäherung an die Positionen von Wilders, indem immigrations- und europakritische Standpunkte übernommen wurden. Da die Partei aber immer schon einen starken konservativen Flügel hatte, der kritischere Standpunkte gerade in Bezug auf Einwanderung vertrat, war diese Annäherung weniger überraschend und damit leichter zu vertreten als bei den Christ- und Sozialdemokraten. Insbesondere externe Faktoren, wie Terroranschläge, gehen dabei mit einer stärkeren Artikulierung derartiger Positionen einher. Mark Rutte, in der Praxis eher marktliberal eingestellt, steht zwar einer weiteren europäischen Integration durchaus kritisch gegenüber und hat auch beim Thema Einwanderung restriktive Positionen. Im Wahlkampf widerstand er jedoch der Versuchung, in den mit EU-Gegner

Geert Wilders geführten Debatten europafeindliche Töne anzuschlagen. In der Flüchtlingspolitik zollte Rutte zudem der Politik der deutschen Bundesregierung Respekt und erwies sich als Verbündeter Deutschlands (Focus online 2017). Damit ist es ihm gelungen, einen Teil seiner Partei und seiner Wählerschaft rhetorisch zu bedienen und den anderen Teil durch praktische Politik zu überzeugen.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen wurde vor allem die Haltung von Mark Rutte bei der Frage, ob türkische Minister in den Niederlanden auftreten dürfen, um für die Verfassungsänderung in der Türkei zu werben, positiv bewertet. Der niederländisch-türkische Konflikt, der sich in der angesprochenen Frage zu einer Art Staatskrise ausweitete, gestaltete sich unter wahlkampfaktischen Aspekten zu einem Geschenk für Rutte. Seine klare Haltung, die in der Bevölkerung lange Zeit vermisst wurde, und die vom ihm verantwortete Politik selbst wirkten sich letztlich positiv auf das Wahlergebnis aus. Wilders gelang es nicht, die Wahl für sich zu entscheiden. Zahlreiche Wähler, die vorher Wilders gewählt hätten, gaben ihre Stimme Rutte und der VVD.

Die Partij van de Arbeid (PvdA) erhielt bei den letzten Wahlen lediglich 5,7 Prozent der Stimmen und verlor 29 ihrer zuvor 38 Sitze. Als Gründe für diesen Einbruch werden u.a. die Mitverantwortung an der Sparpolitik und dem Marktliberalismus genannt, den die Wähler abstrafte (vgl. Nijhuis 2017: 358). Die Sozialdemokraten reagierten ähnlich wie die PVV und die CDA auf Geert Wilders und haben versucht, die Sorgen der Bürger ernst zu nehmen, indem sie kritischere Standpunkte bei Fragen zum Islam und zur Migration einnahmen. Während die VVD hierbei nie unter Glaubwürdigkeitsproblemen litt, ist den Sozialdemokraten die verbale Annäherung an Positionen von Wilders nicht gelungen. Insbesondere dadurch, dass die sozialdemokratischen Mitglieder insgesamt ein soziales Selbstverständnis haben und viele Wähler selbst einen Migrationshintergrund aufweisen, sorgten diese Annäherungsversuche für Irritationen. Der Gedanke, die Sorgen der Wähler ernst zu nehmen und als Konsequenz dessen, kritischere Standpunkte bei Fragen zum Islam und zur Migration einzunehmen, konnte weder mit den Mitgliedern noch mit der Wählerschaft in Einklang gebracht werden. Die sozialdemokratischen „Idealisten“ sahen sich in dieser Annäherung nicht vertreten. Um diese nicht zu verlieren, wurden Aussagen zwar wieder relativiert, diese Relativierung sorgte aber dafür, dass Wähler, die sich „bedroht“ fühlten, verloren gingen. „Gute“ Politik anzubieten, scheiterte unter anderem daran, die mitgetragene Sparpolitik der Regierung im Sinne der sozialen Gerechtigkeit zu kommunizieren. Übrig geblieben ist eine kleine homogene Gruppe von klassischen Sozialdemokraten. Was der VVD gelungen war, nämlich verschiedene Flügel und Wähler innerhalb und außerhalb der Partei zusammenzuhalten, daran scheiterten die Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratischen „Idealisten“ sahen sich in dieser Annäherung nicht vertreten.

Die linksliberalen Democraten 66 (D66) erzielten bei den letzten Wahlen 12,2 Prozent der Stimmen und damit 19 Sitze – sieben Sitze mehr als bei der Wahl 2012. Anders als die anderen Parteien verfolgten die Linksliberalen eine Strategie des Distanzhaltens. Die Partei D66 hat die gegenteiligen Positionen von Wilders besetzt: Für Europa, für Globalisierung, für Einwanderung. Sie versteht sich als Gegenspieler von Wilders. Im Anschluss an Parlamentssitzungen setzt der Vorsitzende der Linksliberalen, Alexander Pechtold, den Ansichten von Geert Wilders seine umgehend entgegen. Eine Annäherung an die Positionen von Wilders findet nicht statt. Dies hängt auch mit der Partei selbst zusammen. Die Wählerschaft und Mitgliedschaft von D66 ist sehr homogen und hoch ausgebildet. Flügelkämpfe innerhalb der Partei gibt es nicht. Die Unterstützer von D66 profitieren von Europa und von der Globalisierung. Die D66 ist inzwischen die einzige Partei in den Niederlanden mit einem deutlichen pro-europäischen Kurs. Anders als bei den anderen Parteien wurden die

Anders als die anderen Parteien verfolgten die Linksliberalen stets eine Strategie des Distanzhaltens.

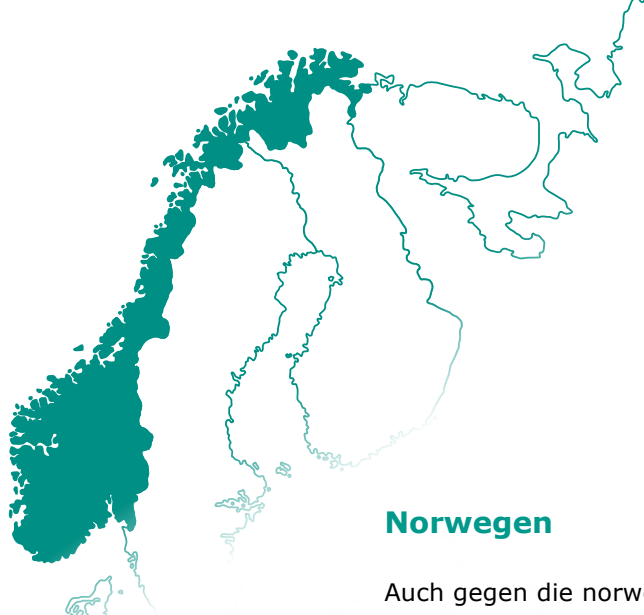
Standpunkte von Geert Wilders weder übernommen noch fand eine Annäherung an die Positionen von Wilders statt.

Die Reaktionsstrategien gegenüber Populisten variieren zwischen den niederländischen Parteien. Während in der Vergangenheit die Einbindung der Populisten durch eine Regierungsbeteiligung stattfand, ist dies derzeit keine Option. Eine künftige erneute Regierungsbeteiligung oder eine Tolerierung seitens der Populisten wird kritisch gesehen. Zu groß sind die parteipolitischen und persönlichen Ablehnungen gegenüber Geert Wilders und seiner PVV. Während die D66 die Strategie verfolgt, sich deutlich abzugrenzen und Distanz zu halten, haben die anderen Parteien eine Annäherung vorgenommen – waren darin allerdings unterschiedlich konsequent und glaubwürdig. Die PvdA hat den Versuch einer Annäherung vorgenommen, diese aber immer wieder relativiert und versucht, ihre Wähler durch gute Politik von sich zu überzeugen. Nichts davon war erfolgreich. Die Christdemokraten haben ebenfalls eine Annäherung an Positionen vorgenommen, indem sie, ähnlich wie die PvdA, die Sorgen der Bürger ernst nehmen und versuchen, Probleme der Bürger zu lösen. Die VVD fährt eine ähnliche Reaktionsstrategie wie der CDA. Allerdings hatte sie schon immer einen starken konservativen Flügel, so dass ihre Positionen glaubwürdiger wahrgenommen wurden als beim CDA. Durch wertkonservative Rhetorik, aber auch marktliberale und im Kern pro-europäische Politik konnte die PVV sowohl die Partei als auch eine breite Wählerschaft ansprechen. Hinzu kommt die politische Persönlichkeit selbst. Ministerpräsident Mark Rutte erfährt parteiübergreifend politische Anerkennung. Seine Haltung in kritischen Situationen, die bei der Türkei-Frage deutlich wurde, fand Anklang bei den Wählern.

Haltung und Glaubwürdigkeit zahlen sich aus.

Eine Kombination aus Problembewusstsein, guter Politik und Haltung schien für die Niederlande dazu beigetragen zu haben, dass die Populisten bei den letzten Wahlen weniger erfolgreich waren als im Vorfeld angenommen. Dennoch kann keine Reaktion als allgemein erfolgsversprechend für alle Parteien in den Niederlanden gesehen werden. Der Erfolg hängt sowohl von der Partei als auch von den Persönlichkeiten selbst ab, die diese Reaktion zeigen und wie glaubwürdig sie diese gegenüber ihren Mitgliedern und ihren Wählern vertreten können. Denn: Unabhängig davon, dass Wilders bei den letzten Wahlen aufgehalten werden konnte und seinen Zenit erreicht haben mag, ist damit kein Ende in Sicht. Der nächste Populist, Thierry Baudet vom Forum für Demokratie (FvD), steht in den Niederlanden schon bereit.

Der nächste Populist steht in den Niederlanden schon bereit.



Norwegen

Auch gegen die norwegische Fortschrittspartei (FrP), die 1973 ebenfalls aus einer Steuerrevolte entstanden war, wurde niemals ein strenger *cordon sanitaire* aufgebaut (Jupskås 2013: 212, Bjørklund 2011: 301). Stattdessen wurde sie in den 1980er und frühen 2000er Jahren in ihrer Unterstützerrolle für mehrere Staatshaushalte akzeptiert. Im Gegensatz zu Dänemark fand die politische Auseinandersetzung in Norwegen jedoch lange ohne den Fokus auf Einwanderungs- und Integrationsfragen statt (Bale et al. 2010: 417). Das liegt zum einen daran, dass das Thema vor dem Durchbruch der FrP aufkam, und zum anderen, dass es frühzeitig und mit Erfolg von der Arbeiterpartei entschärft wurde. Auch die konservative Høyre und die Christliche Volkspartei (KrF) versuchten, die Fortschrittspartei zu marginalisieren und die Mitte-rechts-Regierungen der frühen 1980er Jahre hielten weiter Abstand zur FrP. Es war die sozialdemokratische Regierung, die 1975 und damit lange bevor die FrP an Einfluss gewann, strengere Maßnahmen in der Einwanderungspolitik bis hin zur Forderung nach einem „Einwanderungsstopp“ einführte. Obwohl diese Politik umstritten war, fielen die Debatten darüber im Vergleich zu Dänemark mild aus. Mit ihrer relativ strikten Einwanderungspolitik in den 1970er und 1980er Jahren wollte die Arbeiterpartei auf die steigende Bedeutung der Themen Immigration und Integration reagieren (ebd.: 418). Danach verschärfte auch die anderen Parteien ihre immigrationspolitischen Positionen (ebd.: 417, Harmel und Svåsand 1997: 324).

Diese Entwicklung verstärkte sich in den 1990er Jahren weiter. Hatte die Arbeiterpartei in ihren Parteiprogrammen der 1980er Jahre noch eine strikte Einwanderungspolitik mit einem weichen Integrationsansatz kombiniert, betonte sie in den 1990er Jahren stärker die Rechte und Pflichten von Immigranten (Bale et al. 2010: 418). Die FrP verlor dadurch ihren exklusiven Anspruch auf das Thema und verlegte ihren Schwerpunkt auf die Kritik an der Finanzpolitik der Høyre und KrF. Nachdem die FrP lange von der Regierungsbeteiligung ausgeschlossen blieb, wurde dieser Bann schrittweise gelockert und die FrP als Verhandlungspartner anerkannt (Bjørklund 2011: 314 f.). Das ging zurück auf Druck von vor allem konservativen Abgeordneten der etwa 430 Gemeinderäte (ebd.: 315, Jupskås 2013: 213). In den meisten Gemeinderäten war die FrP schon seit den späten 1980er Jahren vertreten gewesen, wo sie viele Kommunalpolitiker als zuverlässigen Koalitionspartner erlebt hatten. Während es die KrF und die sozialliberale Venstre stets abgelehnt hatten, eine Regierung mit der FrP zu bilden, öffnete Høyre als erste die Tür für eine solche Koalition. Ein wichtiger Schritt für die Lockerung des *cordon sanitaire* waren die Parlamentswahlen 2001, nach denen sich eine Mitte-rechts-Regierung (KrF, Høyre, Venstre) unter Kjell-Magne Bondevik erstmals von der FrP tolerieren ließ (Bjørklund 2011: 315). Zwar hätte Høyre als stärkste bürgerliche Kraft der Posten des Regierungschefs zugestanden, doch widersetzten sich die KrF und Venstre in dieser Frage (Jochem 2012: 80). Nachdem erste Sondierungsgespräche gescheitert waren, suchte Høyre den Kontakt zur FrP. Da diese jedoch keine konservative Minderheitsregierung unterstützen wollte, musste Høyre die Forderungen der Mitteparteien akzeptieren und Bondevik durfte die Regierung stellen. Obwohl es daraufhin zu einigen immigrationspolitischen Verschärfungen kam, erhielt die FrP durch ihre Unterstützerrolle im Vergleich zur DF nur wenig Einfluss (Bale 2003: 83; Widfeldt 2015: 91).

In Norwegen standen die Parteien schon früh für eine restriktive Einwanderungspolitik.

Als sich die FrP 2005 dagegen entschied, jede Mitte-rechts-Regierung, in die sie nicht einbezogen wird, weiter zu unterstützen, nutzten die moderat linken Parteien die Situation und präsentierten sich als geeinte Regierungsalternative (Jupskås 2013: 225, Allern 2010: 905). Im Vorfeld hatten die KrF und Venstre eine direkte Kollaboration mit der FrP ausgeschlossen, doch brachte ihnen dies keine Stimmengewinne ein (Widfeldt 2015: 91). Daher übernahm ein rot-grünes Bündnis aus Arbeiterpartei, Sozialistischer Linkspartei (SV) und Zentrumsparlei (Sp) unter Jens Stoltenberg die Regierung. Seit den Lokalwahlen 2007 arbeitete die Arbeiterpartei auch auf lokaler Ebene mit der FrP zusammen (Jupskås 2013: 213). Es kam also auch hier zu einer legislativen Kollaboration. Trotz zahlreicher Krisen während der Regierungszeit traten die Parteien 2009 für die Fortführung ihrer Koalition an (Allern 2010: 904 f.). Obwohl es zunächst aussichtslos schien, fand das Bündnis erneut eine knappe Mehrheit (Jochem 2012: 109). Dies kann vor allem auf seine erfolgreiche Mobilisierung zur Vermeidung einer rechtspopulistisch geführten Mitte-rechts-Regierung zurückgeführt werden (ebd.).

Erneut war das bürgerliche Lager sehr zersplittert, was durch die unterschiedlichen Versprechungen im Wahlkampf deutlich wurde. Zwar konnte sich Høyre erstmals eine Koalition mit der FrP vorstellen, sofern die finanzpolitischen Unterschiede der beiden Parteien überwunden würden (Sitter 2006: 578). Jedoch wurde diese Möglichkeit dadurch ausgeschlossen, da die KrF und Venstre betonten, dass die FrP für sie kein akzeptabler Koalitionspartner sei (Allern 2010: 906). Zudem versprach die FrP erneut, keine Regierung (nicht einmal deren Haushalt) zu unterstützen, von der sie selbst ausgeschlossen sei, und schloss damit eine Minderheitsregierung aus Høyre, KrF und Venstre aus.

Die komplexen Beziehungen zwischen der FrP und den anderen Mitte-rechts-Parteien werden auch dadurch deutlich, dass letztere (im Gegensatz zu ihren dänischen Nachbarn) stets viel Energie dafür aufbrachten, die Unterschiede zur FrP hervorzuheben (Jupskås 2013: 213). Dennoch passten sie, wie auch die Arbeiterpartei, ihre immigrationspolitischen Positionen zwischen 1985 und 2009 schrittweise denen der FrP an und folgten so einer Annäherungs- und Übernahmestrategie an bzw. von Themen der FrP (ebd.: 226). So erklärte Martin Kolberg, der Parteisekretär der Arbeiterpartei, im Wahlkampf 2009, seine Partei habe sich dem Kampf gegen den „radikalen Islam“ verpflichtet (ebd.). Nach ihrem Regierungsantritt verschärfte die rot-grüne Koalition 2010 die Einwanderungsgesetze (Beckmann-Dierkes und Fuhrmann 2011: 46).

Im Wahlkampf 2013 betonte die Arbeiterpartei vor allem die vielen eingelösten Wahlversprechen während ihrer Regierungszeit (Maass 2013: 3 f.). Trotz ihrer Errungenschaften, des ausgeglichenen Staatshaushaltes und der niedrigen Arbeitslosigkeit wurde sie von einer Minderheitsregierung aus Høyre und FrP unter Erna Solberg abgelöst, die von der KrF und Venstre geduldet wurde. Im Vergleich zu den vorherigen Wahlen musste die FrP starke Stimmenverluste hinnehmen, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass viele konservative Wähler aufgrund der seit dem Attentat Breiviks 2011 eher konservativ-gemäßigten Ausrichtung der FrP mit Høyre lieber das Original wählten (Etzold 2013). Obwohl die KrF und Venstre eine direkte Koalition mit der FrP abgelehnt hatten, modifizierten sie durch die Übernahme von indirekten Kooperationsstrategien ihr Verhalten gegenüber der FrP, für das sie bei den vergangenen Wahlen abgestraft worden waren (Beckmann-Dierkes et al. 2013: 2, Widfeldt 2015: 93). Im Kooperationsvertrag einigten sich die vier Parteien unter anderem auf die Durchsetzung einer strengeren Asylpolitik – auf Drängen der Venstre und KrF jedoch nur in abgeschwächter Form für Kinder (Beckmann-Dierkes 2013: 1). Die FrP scheiterte mit ihrer Forderung, mehr als die bisherige Höchstgrenze von vier Prozent aus den Reserven des norwegischen

Nach ihrem Regierungsantritt verschärfte die rot-grüne Koalition die Einwanderungsgesetze.

Die FrP gilt als normale und legitime Kraft im norwegischen Parteiensystem.

Staatsfonds auszugeben (ebd.: 1 f.). Ein solch detailliertes Abkommen zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien gab es in Norwegen vorher noch nie (ebd.: 2). Mit Bildung dieser Koalition beendete Høyre alle zuvor bestehenden Vorbehalte gegenüber einer formalisierten Zusammenarbeit mit der FrP endgültig und trug dazu bei, dass die Fortschrittspartei als legitime und etablierte Kraft im norwegischen Parteiensystem angesehen wurde (Jakobsen 2015: 160 f.).

Bei den Wahlen 2017 verloren Høyre und FrP kaum Wählerstimmen und konnten ihre Koalitionsregierung fortführen. Das kann zum einen als Bestätigung Erna Solbergs gesehen werden, erstmals eine Regierung mit der FrP zu bilden, zum anderen als Zeichen dafür, dass die Wähler mit der Regierungsarbeit der FrP zufrieden waren (Aardal und Bergh 2018: 1, 7 f.). Entzaubert oder abgestraft wurde durch die Regierungszusammenarbeit von Høyre und FrP jedenfalls keiner der beteiligten Akteure. Gegenwärtig wird nur spekuliert, ob die neue Regierung die gesamte Legislaturperiode überdauern wird, da sie nun auf die Unterstützung der KrF und der Venstre angewiesen ist, um zu Mehrheiten zu kommen, und zuvor die Unterstützung von nur einer der beiden Parteien ausreichte.



Österreich

Österreich lebt mit Rechtspopulismus seit mehr als 30 Jahren, nachdem Jörg Haider die Freiheitliche Partei (FPÖ) mit harter Kritik an den quasi alle Lebensbereiche Österreichs durchdringenden Volksparteien SPÖ und ÖVP und ihren Vertretern zum einen, einwanderungsfeindlicher, teils rassistischer Propaganda und EG/EU-Kritik zum anderen radikalisierte und sie zwischenzeitlich zur zweitstärksten Partei Österreichs und Juniorpartner einer Koalition mit der ÖVP machte.

Die FPÖ wurde 1956 aus dem „Verband der Unabhängigen“, einem Zusammenschluss ehemaliger NSDAP-Mitglieder und SS-Offiziere, gegründet (Bauer 2010b: 53). Neben Altnazis fanden sich Unterstützer auch im deutschnationalen Lager und bei schlagenden Studentenverbindungen (Pelinka 2005: 96 f.). Diese Traditionslinien wurden zu Beginn der 1970er Jahre vordergründig unterbrochen. In der Partei hatte sich neben dem deutschnationalen Flügel auch ein wirtschaftsliberaler etabliert. Beide kämpften um die innerparteiliche Vorherrschaft. Der wirtschaftsliberale Flügel setzte sich dabei vorläufig durch. Nicht zuletzt dies diente als Legitimation dafür, dass sich die von Bundeskanzler Bruno Kreisky geführte SPÖ-Minderheitsregierung zunächst von der FPÖ unterstützen ließ (1970). Sein Nachfolger, Fred Sinowatz, ging zwischen 1983 und 1986 gar eine Koalition mit der FPÖ ein und beteiligte sie an der Bundesregierung. Der FPÖ-Chef Norbert Steger wurde österreichischer Vizekanzler.

Im Jahr 1986 übernahm der damals 36-jährige Nationalratsabgeordnete Jörg Haider den Parteivorsitz. Er gab sich als Anwalt des Volkes („Ich sage, was Ihr denkt“) und trimmte die FPÖ mit Volksparteienkritik, einwanderungsfeindlichen, teils rassistischen Tönen, deutschnationalen Provokationen und Kritik an der EG/EU zu einer lupenreinen rechtspopulistischen Partei, die ihre bundesweiten Ergebnisse kontinuierlich steigern konnte. Den Höhepunkt erreichte die FPÖ bei der Nationalratswahl 1999, als sie mit knapp 27 Prozent der Stimmen gleichauf mit der ÖVP zweitstärkste Partei des Landes wurde und Wolfgang Schüssel sie zum Juniorpartner einer „schwarz-blauen“ Koalition unter seiner Führung machte.

Die Regierungsbeteiligung hat der FPÖ jedoch schwer geschadet. Eingebunden in Koalitionsdisziplin und ohne ihren Frontmann (dass Haider keinen Kabinettsposten übernahm, war eine der Bedingungen der ÖVP bei der Koalitionsbildung) konnte die FPÖ nichts von dem umsetzen, was sie zuvor versprochen hatte. Aufgrund andauernder Querelen in der Koalition brach diese bereits 2002 wieder auseinander. Bei den darauffolgenden Nationalratswahlen stürzte die FPÖ auf 10 Prozent, während die ÖVP 42,3 Prozent erreichte, die Koalition mit der nun deutlich geschwächten FPÖ aber fortsetzte.

Der Absturz der FPÖ, die auch in der Folgezeit Landtagswahl auf Landtagswahl verlor, begründete den Mythos, man könne (Rechts)Populisten durch Regierungsbeteiligung „entzaubern“. Dass dies aber kein Patentrezept ist, zeigt sich an der Wiedergenesung der FPÖ in den vergangenen 15 Jahren (Heinisch 2013). Heute ist die Partei genauso stark wie früher und für die Parteien links und rechts der Mitte ein ebenbürtiger Konkurrent, der ihr strategisches Verhalten beeinflusst.

Die Regierungsbeteiligung hat der FPÖ schwer geschadet.

Heute ist die FPÖ genauso stark wie früher.

Der Umgang der beiden Volksparteien mit der wiedererstarkenden FPÖ war lange Zeit durch Verunsicherung und Hilflosigkeit geprägt. Die FPÖ inszenierte sich erfolgreich als die Partei, die allein die Interessen der rechtschaffenden „kleinen Leute“ gegen „die da oben“, allen voran der „ewigen“ Großen Koalition vertritt. Sie inszenierte sich als die Partei, die allein die österreichische Identität bewahren kann („Die soziale Heimatpartei“) und wandte sich mit teils verunglimpfender Wortwahl gegen Einwanderung, v.a. aus islamischen Ländern („Heimatliebe statt Marokkanerddiebe“, „Dahoam statt Islam“), schürte Sorgen vor einer bevorstehenden Islamisierung Österreichs, vor steigender Einwandererkriminalität und vor Sozialmissbrauch. Sie kritisierte die Europäische Union massiv als verschwenderisch, lief Sturm gegen Finanzhilfen für Griechenland und das Versagen bei der Sicherung der Außengrenzen und hat sich so zu einer der härtesten EU-Gegner entwickelt (Grabow und Oppelland 2015). Mit diesem Profil hat die FPÖ einen festen Wählerstamm an sich binden können und ist dabei derart tief in einstige sozialdemokratische Hochburgen eingedrungen, dass sie heute als „Österreichs stärkste Arbeiterpartei“ (Bauer 2010a: 58) gilt.

Abgesehen davon, dass die SPÖ die erste Partei Österreichs war, die Kooperationen mit der FPÖ einging, haben die Sozialdemokraten lange auf Abgrenzung gegenüber der FPÖ gesetzt. Sie konnte aber der Rhetorik der FPÖ, ihrem Aufstieg und dem fortgesetzten Eindringen in ihre ehemaligen Wählerreservoirs nur noch wenig entgegenzusetzen. Galt nach dem Ende der ersten Zusammenarbeit in den 1980er Jahren bis zu Beginn der 2000er Jahre noch ein striktes Kooperationsverbot mit der FPÖ („Vranitzky-Doktrin“), hat sich unter Alfred Gusenbauer das Verhältnis zur FPÖ gelockert. Gusenbauer bezeichnete die harte Abgrenzung von der FPÖ als Fehler und schloss auch Koalitionen auf Bundesebene nicht mehr grundsätzlich aus (Kurier 2017). Auch auf Landesebene kam es in der Folge wiederholt zu rot-blauer (aber auch zu schwarz-blauer) Zusammenarbeit.

Die SPÖ hat im Wahlkampf den Ton gegenüber Einwanderern und Flüchtlingen verschärft.

Spätestens nach dem Wechsel an der Parteispitze von Werner Faymann, der der FPÖ ablehnend gegenüberstand, auf Christian Kern im Jahre 2016 kamen in der SPÖ zunehmend Stimmen auf, die bestehende Beschlusslage, die ein Koalitionsverbot mit der FPÖ vorsieht, zu ändern. Das hat die Partei zwar intern schwer belastet, aber sie wäre am Ende zu einer Koalition bereit gewesen, hätte sie bei den Nationalratswahlen im Oktober 2017 besser abgeschnitten. Im Wahlkampf hatte die Partei jedenfalls schon einmal deutlich den Ton gegenüber Einwanderern und Flüchtlingen verschärft und sich für weniger bzw. eine stärker konditionierte Zuwanderung ausgesprochen (Kahlweit 2017).

Auch das Verhältnis zwischen ÖVP und FPÖ war lange Zeit durch eine gewisse Hilflosigkeit gegenüber der FPÖ geprägt. Nach Haiders Rückzug aus der Partei und der Gründung seines Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) im Jahr 2005 schien sich das rechtspopulistische Lager selbst in Kleinteile zu zerlegen und sich auf Haiders Hochburg Kärnten zurückzuziehen. Als die FPÖ unter Heinz-Christian Strache überraschend schnell und stark zurückkam (2006: 11%; 2008: 17,5%; 2013: 20,5%), während die ÖVP selbst immer weiter abrutschte (2006: 34,3%; 2008: 26%; 2013: 24%), offenbarten sich die strategischen und inhaltlichen Schwächen der Volkspartei überdeutlich. Seit 2007 in vier Bundesregierungen Juniorpartner der stets stärkeren SPÖ, konnte sie kaum gegen Dinge opponieren, die in der Bevölkerung für Unmut sorgten, die sie als Juniorpartner aber mit zu verantworten hatte. Wie die CDU in Deutschland war auch die ÖVP Europapartei mit festem Bekenntnis zu allen Maßnahmen, die die Gemeinschaftswährung im Zeichen der griechischen Staatsschuldenkrise stabilisieren sollten.

Die ÖVP hat alles ausprobiert, um den Aufstieg der FPÖ aufzuhalten, aber sie hat nie ein probates Mittel gefunden.

Auf regionaler und nationaler Ebene hat die ÖVP alles ausprobiert, um den Aufstieg der FPÖ zu ihren Lasten aufzuhalten: Sie hat sich abgegrenzt und die FPÖ stigmatisiert. Sie hat immer wieder ihre eigene lokale Verankerung („Wir sind Österreichs Bürgermeisterpartei“) und ihre wirtschafts- und finanzpolitische Seriosität betont. Mit einer stärkeren Akzentuierung von innerer Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung („Wir passen auf Euch auf“) hat sie versucht, auf dem Politikfeld innere Sicherheit der FPÖ Marktanteile abzunehmen. Sie hat deutlich hörbar davon gesprochen, dass sich alle, die in Österreich leben wollen, an die geltenden Spielregeln zu halten haben. Aber alles hatte immer denselben sachlichen, rationalen und wenig Begeisterung auslösenden Tonfall einer Partei, die nur den Status quo verwaltet. Wer in Österreich ein Problem mit Einwanderung, Überfremdung, gefühlter Unsicherheit, Finanzhilfen für Griechenland oder andere in Schieflage geratene Länder Südeuropas oder mit der EU insgesamt hatte, der fand in der FPÖ stets das Original und musste nicht auf die ÖVP ausweichen, die unter ihren Vorsitzenden Wilhelm Molterer (2007–08), Josef Pröll (2008–11), Michael Spindelegger (2011–14) und Reinhold Mitterlehner (2014–17) kein probates Mittel gegen die Rechtspopulisten der FPÖ fand. Während sich die Volkspartei von Wahl zu Wahl verschlechterte und sich die Ergebnisse der FPÖ kontinuierlich verbesserten, schien es bis in das Jahr 2017 hinein, als müsse Heinz-Christian Strache einfach nur noch gesund bleiben, um nächster Bundeskanzler Österreichs zu werden.

Dass dies misslang, hat in erster Linie mit dem Führungswechsel in der ÖVP auf Sebastian Kurz zu tun, der seine Bereitschaft zur Amtsübernahme von der Zusage der Parteigremien abhängig gemacht hat, alle innerparteilichen Entscheidungsbefugnisse in seiner Hand zu konzentrieren. Kurz hat in einem generalstabsmäßig geplanten und schnell ausgeführten Manöver die traditionsreiche ÖVP in eine Bewegung umgebaut, die vollkommen auf den 31-Jährigen zugeschnitten ist (Grabow 2017). Kurz hat die Partei nicht nur umbenannt (Die neue Volkspartei) und ihr ein neues, frischeres Logo verpasst. Er hat nicht nur die Kontrolle über alle maßgeblichen Entscheidungen an sich gezogen und den Einfluss der Landesverbände und Bünde in der Partei zurückgedrängt (Montag 2017: 5). Sebastian Kurz und seinem Team ist es in einer Mischung aus vor-Ort-Kümmere-Ansatz, internationaler Politikkompetenz, einer massiven Online-Kampagne sowie der Mobilisierung von zahllosen freiwilligen Unterstützern gelungen, der FPÖ den schon sicher geglaubten Sieg aus der Hand zu nehmen.

Die meisten Österreicher sehen in der FPÖ mittlerweile eine ganz normale und vollkommen etablierte Partei.

Inhaltlich vertrat Kurz schon lange zuvor Forderungen, die auch zum Repertoire der FPÖ zählten. Bereits als Außenminister galt er als harter Kritiker der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik und forderte einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen vor weiterer Zuwanderung (Kahlweit 2017). Auch in seiner Europapolitik zeigte sich Kurz als Verfechter einer restriktiven Linie gegenüber weiterer finanzieller Haftung für andere Mitgliedsstaaten sowie als Gegner von Kompetenzerweiterungen oder -verschiebungen zugunsten der EU-Institutionen. Gegaart mit der finanz- und wirtschaftspolitischen Seriosität und Erfahrung seiner Partei hat Kurz mit dieser sogenannten thematischen De-Mobilisierungsstrategie Themen mit der Absicht angeboten, schwankende Wähler entweder zurückzugewinnen oder sie zur Stimmenthaltung zu bewegen. Da sowohl die SPÖ als auch die Volkspartei deutlich signalisierten, als Juniorpartner für eine erneute und in weiten Teilen der Bevölkerung immer weniger beliebte Große Koalition nicht zur Verfügung zu stehen, waren nach der Wahl die Weichen für die Bildung einer schwarz-blauen Koalition gestellt. Anders als im Jahr 2000 ruft diese kaum noch öffentlichen Widerstand hervor. Die meisten Österreicher sehen in der FPÖ eine ganz normale und vollkommen etablierte Partei (Bauer 2010b).

Sebastian Kurz hat den Populismus der FPÖ sicherlich nicht mit derselben Art von Populismus bekämpft, zumal auch nicht die Rede davon sein kann, dass er die FPÖ „niedergerungen“ hätte. Sie hat lediglich nicht das erreicht, was lange Zeit fast sicher schien, nämlich das Bundeskanzleramt. Aber drei Gründe haben dazu beigetragen, dass Kurz gewinnen und die FPÖ auf Distanz halten konnte, auch wenn sie nun mit einem ähnlich starken Ergebnis wie 1999 als Juniorpartner an der österreichischen Bundesregierung beteiligt ist und noch mehr Einfluss ausüben kann als in der Opposition. Erstens hat Kurz Themen angesprochen, die auch die FPÖ im Programm hat, v.a. auf den Feldern der Einwanderungs- und Asylpolitik sowie in Hinblick auf die EU. Aber zweitens hat Kurz seine Ansichten zu diesen Themen seriöser vertreten als die FPÖ und vor allem: Er hat seine Meinung nicht erst im Wahlkampf kundgetan. Schon lange vorher war er als Befürworter strikterer Einwanderungs- und Asylregeln bekannt und galt zumindest in Hinblick auf weitere finanzielle Verflechtungen als EU-skeptisch, war und ist aber keinesfalls ein EU-Gegner. Insofern ist Kurz auch Haltung zu attestieren, auch wenn sie thematisch anders gelagert ist als beim französischen Präsidenten. Auf jeden Fall blieb Kurz bei seiner Linie, war also glaubwürdig, ähnlich wie sein niederländischer Kollege Mark Rutte. Drittens, und dies ist eine Parallele zu Emmanuel Macron, ging Kurz als Hoffnungsträger in den Wahlkampf und nicht als Mitverursacher alter Probleme und Verwalter des Status quo. So haftete ihm auch nie das Image des FPÖ-Kopierers an, wenn er hinsichtlich der Einwanderungspolitik restriktive Positionen vertrat. Die Strategie der auf Kurz zugeschnittenen Volkspartei ging voll auf. Sie gewann bei den Nationalratswahlen im Oktober 2017 aus allen Lagern hinzu, ohne in die eine oder andere Richtung abzugeben.

Mit Haltung war es ein knappes Jahr vor der Nationalratswahl auch schon dem Kandidaten der Grünen, Alexander Van der Bellen, gelungen, den Kandidaten der FPÖ bei der Wiederholung der Stichwahl um das Amt des österreichischen Bundespräsidenten zu besiegen. Wie später auch Macron stand Van der Bellen für Weltoffenheit in jeder Hinsicht und bekannte sich uneingeschränkt zur EU. Wie in Frankreich ist auch in Österreich eine Stichwahl um das höchste Staatsamt immer eine duale Entscheidung zwischen zwei Personen oder politischen Richtungen. Diese Art der Wahl kann stark polarisieren und ein Sieger gewinnt auch deshalb, weil seine Wähler eher den anderen Kandidaten verhindern wollen. Dennoch blieb sich Van der Bellen treu und besiegte den FPÖ-Kandidaten am Ende deutlich. Haltung, das Festhalten und Werben für die eigenen Überzeugungen und Werte, die Betonung von Zukunftschancen und eine optimistische Weltsicht kann also durchaus eine geeignete Strategie gegen den Pessimismus und die Untergangsszenarien der Rechts- und Nationalpopulisten sein. Das ist noch keine Garantie, zumal die Hoffnungsträger nicht vom Himmel fallen. Aber in dieser Kombination und ergänzt um Politik, die Probleme zu Wohle der Menschen und des Landes löst, scheint sich hiermit eine geeignete Möglichkeit abzuzeichnen, den Rechts- und Nationalpopulisten etwas entgegenzusetzen und sie zurückzudrängen.

Haltung und Politik, die eine Lösung von Problemen verspricht, scheinen eine Möglichkeit gegen Populismus zu sein.



Schweden

Im Gegensatz zu den meisten anderen westeuropäischen Ländern haben es die schwedischen Parteien links und rechts der Mitte lange Zeit geschafft, einen wirksamen Sperrbereich gegen die 1988 aus mehreren Bewegungen aus dem Neonazi-Milieu fusionierten Schwedendemokraten (SD) aufzubauen, in dem sie jede Art von Zusammenarbeit verweigerten (Rydgren 2006: 179, 183). Obwohl die anderen Parteien lange explizit versucht hatten, sich den Forderungen der SD nicht anzunähern oder deren Rhetorik nachzueifern, brach im Wahlkampf 2002 eine unerwartete und heftige Debatte über den Misserfolg aus, Immigranten in die schwedische Gesellschaft zu integrieren (Bale 2003: 80). Sie wurde von den Liberalen initiiert, die zwar ihre Stimmen auf Kosten der Moderaten Sammlungspartei verdreifachen, aber eine Fortführung der sozialdemokratischen Regierung nicht verhindern konnten.

Es war jedoch nicht das erste Mal, dass die Forderung nach einer restriktiveren Einwanderungs- und Integrationspolitik in Schweden laut wurde. So ging etwa die sozialdemokratische Regierung nach den Parlamentswahlen 1994 zu einer strengeren Einwanderungspolitik über, indem sie das Asylrecht verschärfte und die Kategorie des de-facto-Flüchtlings abschaffte (Rydgren 2006: 179). Jedoch wurde diese Politik von den anderen Parteien (v.a. Linkspartei, Grüne, Liberale) heftig kritisiert, die der Arbeiterpartei vorwarfen, den Forderungen der kurzfristig erfolgreichen rechtspopulistischen Partei Ny Demokrati (ND) nachzugeben. Zu ihrer Verteidigung erklärte die Arbeiterpartei, sie habe damit die Erfolgchancen der ND vermindert, auch wenn sie zugleich deren Programm nachträglich legitimiert habe. Auf die danach gegründeten Schwedendemokraten reagierte die Arbeiterpartei jedoch lange mit Haltung und einer *cordon sanitaire*-Strategie. So argumentierte etwa deren Parteivorsitzende Mona Sahlin in einer Fernsehdebatte 2007, dass die Entwicklung des starken schwedischen Wohlfahrtsstaates immer vom Zuzug anderer Menschen nach Schweden abhängig gewesen sei (Hellström et al. 2012: 196).

Nachdem Einwanderung bereits im Wahlkampf 2006 kein zentrales Thema gewesen war (Green-Pedersen und Krogstrup 2008: 626), versuchten die etablierten Parteien das Thema auch im Wahlkampf 2010 zu meiden, da sie befürchteten, eine solche Debatte könne sich zugunsten der SD auswirken (Engström 2010a: 9). Stattdessen lag der Schwerpunkt auf ökonomischen Themen und Fragen der sozialen Entwicklung, aber auch Umwelt-, Energie- und Bildungspolitik wurden thematisiert (ebd.: 4-8). Im Vorfeld schlossen beide Spitzenkandidaten, Fredrik Reinfeldt (Moderate Sammlungspartei) und Mona Sahlin, jede Zusammenarbeit mit der SD aus, falls diese ins Parlament einziehen und keines der Bündnisse eine Mehrheit gewinnen sollte (ebd.: 12; Deloy 2010: 7). Auch die Medien unterstützten die Isolationsstrategie gegenüber der SD. Der staatliche Fernsehsender TV4 lehnte die Ausstrahlung des kontroversen SD-Wahlkampfsots „Renten oder Zuwanderung“ ab (Klein 2013: 123). Die auflagenstärkste Zeitung Schwedens, *Aftonbladet*, rief am Wahltag dazu auf, nicht für die SD zu stimmen, und bedruckte ihre Titelseite mit dem Slogan „Wir mögen anders“ (Widfeldt 2015: 189). Jedoch konnten weder die Abgrenzungs- und Vermeidungsstrategie der etablierten Parteien noch der parteipolitische oder der mediale *cordon sanitaire* den Parlamentseinzug der SD verhindern (Engström 2010b: 3).

Schon in den 1990er Jahren verschärfte Schwedens Sozialdemokraten das Asylrecht.

Obwohl erneut kein Bündnis die Mehrheit erreichte, schlossen die Arbeiterpartei wie auch die Moderate Sammlungspartei weiter jede Zusammenarbeit mit der SD aus. Reinfeldt betonte, er habe bereits deutlich gemacht, dass seine Partei nicht mit der SD kooperieren oder sich von ihr abhängig machen werde (Downs 2012: 49 f.). Sahlin machte ähnliche Zusagen und forderte ein Ende kleinteiliger Zankereien der etablierten Parteien, um den Einfluss der SD zu verringern, da dies der einzige Weg sei, die xenophobe und Anti-Establishment-Partei kleinzuhalten. Trotz des einen oder anderen zaghaften Annäherungsversuchs in Bezug auf Einwanderungs- und Integrationsfragen wurde der SD nicht gestattet, „Königsmacher“ in den Verhandlungen und der Amtseinsetzung der neuen Mitte-rechts-Regierung unter Frederik Reinfeldt zu werden (ebd.: 50). Obwohl sich diese nicht auf eine Mehrheit stützen konnte, stimmten die anderen Parteien nicht gegen sie, um die SD aus der Regierungsbildung herauszuhalten (Widfeldt 2015: 191).

Nach dem Parlamentseinzug der SD forderten einige Abgeordnete, die parlamentarischen Regeln zur Zusammensetzung der Ausschüsse zu ändern und eine separate Warteschlange für die SD in der Cafeteria des Parlaments einzurichten (Downs 2012: 50). Obwohl diese Vorschläge als diskriminierend gegenüber einer ordnungsgemäß gewählten Partei erachtet und verworfen wurden, mieden die etablierten Parteien die SD in der Folgezeit. So stand deren Parteivorsitzender nicht auf der Gästeliste für das jährlich stattfindende Nobelbankett in Stockholm, womit die Tradition gebrochen wurde, dort Vertreter aller Parlamentsparteien einzuladen.

Auch zwei Jahre nach den Wahlen weigerten sich die etablierten Parteien, mit der SD zusammenzuarbeiten (Klein 2013: 123). Wenn über die SD berichtet wurde, geschah dies vorwiegend negativ konnotiert (Hellström et al. 2012: 204). Dennoch nahmen die Schwedendemokraten teilweise indirekt politischen Einfluss, etwa indem sie alle Vorschläge zu Fall bringen konnten, bei denen sich die Regierung nicht mit der Arbeiterpartei oder den Grünen einigen konnte, z.B. bei der Senkung der Einkommenssteuer (Widfeldt 2015: 191).

Auf lokaler Ebene wurde jedoch teilweise von der offiziellen *cordon sanitaire*-Strategie abgewichen (Downs 2012: 50). Nachdem die SD in einigen Gemeinden und Landkreisen gut abgeschnitten hatte (z.B. in Bjuvs mit 19,6 Prozent), musste sie von den etablierten Parteien aufgrund fehlender Mehrheitsverhältnisse teilweise bei Sachfragen einbezogen werden. Hier kam es dann zur legislativen Kooperation (ebd., Pehle 2010: 295). Auch auf nationaler Ebene wurden Rufe lauter, die SD als einen „normalen“ politischen Gegner zu akzeptieren (Klein 2013: 124). Hintergrund war jedoch nicht die Anerkennung der SD als einen zwar unliebsamen, aber eben auch legitimen politischen Akteur. In erster Linie ging es darum, der durchaus erfolgreichen Selbstinszenierung der SD als „Ausgestoßene“, „Märtyrer“ und „wahre Demokraten“ entgegenzuwirken.

Im Wahlkampf 2014 war die hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit zentrales Thema, doch auch die Steuersenkungen und Privatisierungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich der Mitte-rechts-Regierung wurden kritisiert (Röver 2014: 2). Durch die sozio-ökonomischen Themen wurde der Bereich Einwanderung erneut überschattet. Die Konservativen lehnten – wie auch alle anderen etablierten Parteien – eine Zusammenarbeit mit der SD weiterhin ab (Jochem 2015: 495). In der Schlussphase des Wahlkampfes bat Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt die Schweden, ihre „Herzen zu öffnen“ für Zuwanderer und Flüchtlinge. Er bekannte sich damit öffentlich zur liberalen Flüchtlingspolitik Schwedens (ebd., Röver 2014: 2). Dennoch nahm die SD, die ihren Stimmenanteil mehr als verdoppeln konnte, nach den Wahlen erneut eine Schlüsselposition zwischen den beiden Lagern ein, von denen keines eine Mehrheit fand

(Jungar 2015: 197). Es wurde eine rot-grüne Minderheitsregierung gebildet, die jedoch fast an der Haushaltsverabschiedung zerbrochen wäre. Neuwahlen konnten nur durch das „Dezember-Abkommen“ abgewandt werden (ebd.). Darin verständigten sich die Regierungs- und die konservativ-liberalen Allianzparteien darauf, dem größten Block die exekutive Gewalt und seinen Haushalt zu gewähren. Dieses neue parlamentarische Verfahren ermöglicht den etablierten Parteien, den *cordon sanitaire* gegenüber der SD und ihre Verpflichtung an die Politikgestaltung innerhalb der Blockbildung aufrechtzuerhalten (ebd.: 198). Das Abkommen soll bis 2022, also für zwei weitere Legislaturperioden gültig sein, so dass es sich bei zukünftigen Parlamentswahlen auch für die bürgerlichen Parteien vorteilhaft auswirken kann (Röver 2015: 2). Kritisiert wurde es nicht nur von der SD, sondern auch von führenden konservativen Politikern, die es als „demokratische und parlamentarische Niederlage“ bezeichneten (ebd.: 3). Das Versprechen, den Ministerpräsidenten und das Budget des stärksten Lagers durchzuwinken, bedeute eine Machtverschiebung vom Parlament zur Regierung und schwäche die Opposition, so ihre Argumentation.

Schließlich sind einige Abgeordnete der bürgerlichen Parteien sowie deren Wähler seit den Parlamentswahlen 2014 offener bezüglich einer möglichen Koalition mit der SD geworden (Jungar 2015: 189). Ferner wurde Ende 2015 ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Senkung der bisher geltenden Standards der Asylpolitik in Schweden verkündet, z.B. bei der Vergabe von nur noch befristeten Aufenthaltserlaubnissen und erschwertem Familiennachzug (Parusel 2015: 1). Die Absicht dahinter ist, Schweden als Zufluchtsland unattraktiver zu machen und den Zuzug neuer Asylbewerber so weit wie möglich zu senken. Zugleich können die Maßnahmen, die 2016 in Kraft getreten sind, als eine vage inhaltliche Annäherung der etablierten Parteien an die SD gedeutet werden, um ihr Protestpotenzial zu entziehen. Ähnliches war in der Vergangenheit jedoch auch schon bei der Moderaten Sammlungspartei beobachtbar, ohne dass darauf eine starke Einbindungsstrategie folgte (Saveljeff 2011: 39, 41 f.).

Auch in Schweden wurden die Asylrechtsänderungen erneut verschärft.

Gibt es ein Patentrezept gegen Rechtspopulismus?



Populismus hat Ursachen und die lassen sich nicht auf Knopfdruck beseitigen.

Die kurze Antwort ist nein. Es gibt kein „Wundermittel“ gegen Rechts- und Nationalpopulismus, das bewirkt, dass er schnell wieder verschwindet. Wer glaubt, man könne durch das vordergründige Versprechen von Politikwechsel („Wir haben verstanden“) oder die stärkere Akzentuierung von Werten („Wir müssen konservativer werden“) oder durch Übernahme populistischer Forderungen quasi wie durch Umlegen eines Schalters Populisten schnell wieder loswerden, macht sich falsche Hoffnungen. Populismus hat Ursachen und die lassen sich nicht auf Knopfdruck beseitigen.

Voraussetzung dafür, sich Populismus und Populisten in den Weg zu stellen, ist, Populismus überhaupt als Problem aufzufassen. Für die Parteien links und rechts der Mitte in den hier betrachteten Ländern ist sie erfüllt. Sie alle leiden oder litten unter den Rechts- und Nationalpopulisten, sei es, weil die Populisten ihnen Wähler abnahmen oder weil sie der Ansicht waren bzw. sind, die Art und Weise der populistischen Propaganda schade dem Land. Die Reaktionsstrategien gegenüber den rechts- und nationalpopulistischen Herausforderern variieren von Land zu Land und von Partei zu Partei. Auch innerhalb der Parteien gab es immer wieder Strategiewechsel, weil vorangegangene Ansätze nicht den erwünschten Erfolg mit sich brachten (Grabow und Hartleb 2013a: 400 ff., Heinze 2017: 7 ff.).

Alle der zu Beginn diskutierten Reaktionsstrategien werden von den Parteien links und rechts der Mitte auch heute noch angewendet (vgl. Tabelle 3). Während jedoch in den ersten Hochphasen rechts- und nationalpopulistischer Parteien die hauptsächliche Reaktion der Etablierten aus Ignorieren, Ablehnung und Ausgrenzung bestand, überwiegt heute die Annäherung an oder die Übernahme von Positionen der rechtsnationalen Populisten. Das hat die Positionen der Rechts- und Nationalpopulisten quasi nachträglich legitimiert und ihnen Anreize verschafft, sie Stück für Stück zu verschärfen (Heinze 2017: 17 f.). Das „Rennen“ um die härteste Asyl-, Einwanderungs-, Abschiebungs- und Grenzschutzpolitik hat am Ende nur den Populisten genützt, nicht den Parteien, die versuchten, sie auf diesen Politikfeldern zu kopieren.

Wenn unter einer erfolgreichen Reaktionsstrategie eine Strategie verstanden wird, die zum Verschwinden rechts- und/oder nationalpopulistischer Parteien bei gleichzeitiger Stärkung der Mitte beiträgt, könnte bestenfalls und nur auf den ersten Blick Großbritannien als Beispiel in Frage kommen. Die United Kingdom Independence Party ist nicht mehr im Parlament vertreten, die Labour Party ist hingegen gestärkt aus der letzten Unterhauswahl hervorgegangen. Großbritannien kann aber kaum als Positivbeispiel im Umgang mit Populismus herangezogen werden. UKIP ist nicht aus dem britischen Unterhaus verschwunden, weil Labour und die Konservativen so geschickt mit ihr umgegangen sind, sondern weil UKIP mit dem Brexit-Referendum ihre Mission erfüllt und dann ihre Aktivität im Grunde von selbst eingestellt hat. Große Teile der Konservativen hatten sich zuvor den Forderungen UKIPs nach Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU angeschlossen. Das und der im Brexit mündende Erfolg von UKIP hat die Partei zwar überflüssig werden lassen, aber eine derartige Annäherung an populistische Forderungen durch die Tories erscheint angesichts der zahlreichen Unwägbarkeiten, vor denen das Vereinigte Königreich seit dem Brexit-Referendum steht, keine nachahmenswerte Strategie zu sein.

Tabelle 3

Reaktionsstrategien in der Praxis*

Land	Mitte-links	Mitte-rechts	RNP** gebremst?
A	SPÖ: u.a. abgrenzen, später koalieren, dann wieder abgrenzen, seit 2017 wieder Annäherung und Koalitionsbereitschaft; Alexander Van der Bellen: Haltung	Annäherung, Umarmung/ Regierungsbeteiligung, aber auch: Haltung	ja, aber auf hohem Niveau
CH	abgrenzen und beteiligen***	abgrenzen und beteiligen***	nein
D	abgrenzen, stigmatisieren, teilweise sanktionieren	ignorieren und hoffen, gute Politik, teilweise Übernahme von Positionen	nein
DK	Annäherung, Übernahme von Positionen	Annäherung, Übernahme von Positionen, tolerieren	nein
F	LREM: im Wahlkampf Haltung und attackieren, seitdem auch härtere Gangart in Flüchtlings- und Asylpolitik	UMP: Übernahme von Positionen, LR: teils Annäherung an FN, teils ignorieren	ja
FI	Annäherung, Übernahme von Positionen	Übernahme von Positionen, koalieren	nein
IT	Keine Meinung	Übernahme von Positionen, Allianz- bildung	nein
GB	zögerliche Abgrenzung	Annäherung/Übernahme von Positionen	ja, aber um den Preis hoher politischer Unsicherheit
NL	PvdA: zögerliche Annäherung D66: Abgrenzen und Haltung	VVD: partiell Annäherung, gute Politik und Haltung CDA: Annäherung	Ja
NO	anfänglich isolieren, dann Annäherung/Übernahme von Positionen	Annäherung/Übernahme von Positionen, Regierungsbeteiligung	nein
S	Abgrenzen, stigmatisieren, zuletzt partielle Übernahme	Abgrenzen und Haltung, zuletzt Annäherung	nein

* Positionen im jeweils letzten Wahlkampf.

** RNP: rechts- und nationalpopulistische Parteien. Bezugspunkt sind die letzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im betreffenden Land und die Strategien der anderen Parteien. Als gebremst gelten RNP entweder, wenn ihnen der Zugang zu höchsten Staats- und Regierungsgätern verwehrt blieb, ihre Wahlergebnisse unter den Prognosen lagen oder sie den (Wieder)Einzug ins Parlament verpassten.

*** In der Schweiz werden größere Parteien in Abhängigkeit ihres Stimmengewichts nach einer traditionell angewendeten Formel („Zauberformel“) mit ein bis zwei Vertretern an der Bundesregierung, dem sog. Bundesrat, beteiligt. Als Kollegialbehörde besteht diese aus sieben gleichberechtigten Mitgliedern, den sog. Bundesräten. Die Unterscheidung in Junior- und Seniorpartner gibt es damit nicht. Aufgrund beständig steigender Wahlergebnisse hat die SVP 2003 einen zweiten Sitz im Bundesrat hinzugewonnen, zu Lasten der Christdemokraten.

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Auch das Abrutschen des Vlaams Belang oder der Unabhängigen Griechen (ANEL, vgl. Tabelle 1) kann kaum mit dem geschickten Agieren der Traditionsparteien links und rechts der Mitte erklärt werden. Während eine der beiden Hauptforderungen des Vlaams Belang, nämlich die nach einem eigenen flämischen Staat außerhalb der EU, von einer anderen Partei übernommen wurde, die dabei auf die VB-typische rassistische Terminologie und wütende Anti-EU-Attacken verzichtete (Pauwels 2013: 85 ff.), hat das schlechte Abschneiden der Unabhängigen Griechen eher mit der Ungeduld der griechischen Wähler und eigenen Unzulänglichkeiten zu tun.

Siege über Rechts- und Nationalpopulisten ohne größere Schäden für das eigene Land und seine Nachbarn gab es lediglich in Österreich, Frankreich und in den Niederlanden. In Österreich bestand der Erfolg zum einen darin, in gemeinsamer Anstrengung der anderen Parteien und ihrer Wähler den Kandidaten der FPÖ als Bundespräsidenten zu verhindern, zum anderen, die FPÖ vom lange Zeit als sicher geglaubten ersten Platz bei der Nationalratswahl zu verdrängen. Die Tatsache, dass die FPÖ überhaupt in derartige Dimensionen vorgedrungen ist, zeigt jedoch die enorme Stärke der österreichischen Rechts- und Nationalpopulisten, die zwar durch Haltung bzw. durch Haltung und Image gebremst werden konnten, heute aber als Juniorpartner in einer Koalition mit der Volkspartei die Politik in Österreich maßgeblich mitgestalten. Anders als nach der ersten schwarz-blauen Koalition von 2000 bis 2002 sieht heute niemand mehr in dieser Konstellation einen Weg zur Entzauberung der FPÖ durch Regierungsbeteiligung. Dazu ist die FPÖ viel zu professionell aufgestellt und gilt als „normale“ Partei in einer mehrheitlich auch so gewollten ganz „normalen“ Koalition.

Auch Emmanuel Macron begegnete Marine Le Pen mit Haltung. Seine Haltung war bzw. ist liberal, europa- und weltoffen. Zudem attackierte er Le Pen und legte so ihre inhaltlichen Defizite offen. Natürlich stellt das Duell einer Stichwahl eine andere Situation dar als bei einer Parlamentswahl. Sie bedeutet die Wahl zwischen zwei Optionen oder wie in diesem Falle zwischen zwei Weltansichten und Politikstilen. Dass aber Haltung auch bei Parlamentswahlen eine gute Strategie gegen Populismus sein kann, bewiesen im niederländischen Parlamentswahlkampf 2017 Mark Rutte und sein späterer Koalitionspartner, die Democraten 66. Rutte widerstand der Versuchung, sich potentiellen Wilders-Wählern durch verstärkte EU-kritische Positionen anzubieten. Darüber hinaus war die Mehrheit der Niederländer mit der Politik der schon zuvor von Mark Rutte geführten Regierung recht zufrieden (EU-Kommission 2016: T 41), so dass am Ende kein Grund bestand, ihn und seine VVD abzuwählen.

Diejenigen, die Populisten besiegt haben, sind ihnen nicht ausgewichen. Sie haben die offene Auseinandersetzung mit den Populisten nicht gescheut, sie haben dabei ihre Positionen offensiv vertreten und sie auch unter Druck nicht verändert.

In allen drei Ländern, in denen – starke – Rechtspopulisten gebremst werden konnten, bewiesen die Sieger also Haltung. Dabei erscheint es zweitrangig zu sein, dass die Positionen zum Teil voneinander abweichen. Mark Rutte und mehr noch Sebastian Kurz sind bei den Themen Einwanderung und Vertiefung der europäischen Integration zweifellos restriktiver als Alexander Van der Bellen und Emmanuel Macron, aber alle vier sind den Rechtspopulisten nicht ausgewichen. Sie haben die offene Auseinandersetzung mit den Populisten nicht gescheut, sie haben dabei ihre Positionen offensiv vertreten und sie auch unter Druck nicht verändert.

Dass Haltung allein jedoch keine hinreichende Bedingung gegen das Erstarken von Rechtspopulisten ist, zeigt das Beispiel Schwedens. Im Jahr 2014 führte der amtierende Ministerpräsident Frederik Reinfeldt einen Haltungswahlkampf gegen die Schwedendemokraten, der ausdrücklich die Werte einer liberalen Flüchtlingspolitik hervorhob. Da aber sozial- und wirtschaftspolitische Fragestellungen den Wahlkampf dominierten und die Regierung hier weniger überzeugte, wurden Reinfeldt und seine Partei abgewählt, während die Schwedendemokraten ihr bis dato bestes

Ergebnis erreichten, u.a. auch deshalb, weil sie enttäuschte Wähler ansprachen (Heinze 2017: 13).

Eine klare Haltung zu eigenen Werten und Positionen und eine offene Auseinandersetzung helfen gegen Populisten also nur, wenn sie von guten Politikergebnissen oder aber der Hoffnung auf bessere Politik verbunden ist. Das ist Emmanuel Macron ebenso gelungen wie Alexander Van der Bellen, Mark Rutte und Sebastian Kurz.

Gute Politik und ein hohes allgemeines Wohlstandsniveau helfen dagegen nicht per se gegen Populismus, ebenso wenig wie die anderen Strategien. Dass ein Hinterherlaufen hinter populistischen Forderungen nach einer härteren Asyl- oder Abschiebepolitik durch Parteien links und rechts der Mitte diesen kaum helfen, Wähler zurückzugewinnen, die sie an rechtsnationale Populisten verloren haben, ist aufgrund eines Glaubwürdigkeitsproblems sowie des hinlänglich bekannten Phänomens von Original und Kopie nicht weiter überraschend. Parteien, die dies tun, laufen Gefahr, in der Mitte mehr zu verlieren als an den Rändern zu gewinnen. Dass sich aber auch Wähler von Parteien links und rechts der Mitte abwenden und Populisten wählen, obwohl es dem Land und dem überwiegenden Teil der Bevölkerung unter dem Gesichtspunkt des kollektiven Wohlstands und unter einer von beiden Parteien geführten Regierung gut geht, ist zumindest auf den ersten Blick erstaunlich, bestätigt aber dreierlei: Erstens honorieren Wähler selten erreichte Erfolge, sie erwarten sie eher. Zweitens blicken Wähler eher in die Zukunft als auf die Vergangenheit. Zukunft ist grundsätzlich mit Unsicherheit behaftet, derzeit aber in neuer Dimension. Ein Teil der Wähler sorgt sich nicht nur unter sozialen oder wirtschaftlichen Gesichtspunkten um die Zukunft, sondern auch aus kultureller Perspektive. Die Fragen lauten also nicht nur, ob der materielle und soziale Status gehalten werden kann, sondern auch, ob man sich noch wohl und sicher fühlt im eigenen Land. Dies ist genau die Bruchstelle, an der Populisten ansetzen. Und dabei zeigt sich, drittens, dass ein Teil der Wähler für sachlich richtige und rationale Argumente wie „Es geht uns gut“, „Wir haben viel erreicht“, „Wir haben das Land sicherer gemacht“, „Es kommen weniger Asylbewerber ins Land“ usw. kaum noch zugänglich sind. Populistische Agitation hat latente Sorgen manifest werden lassen und hat einen Teil der Wähler davon überzeugt, dass es ihnen ohne Asylbewerber besser ginge, dass jene auf ihre Kosten und die anderer Einheimischer leben würden, dass innere Sicherheit und Ordnung bedroht seien und nicht zuletzt auch die eigene Lebensweise.

Diese Weltsicht ist allein mit rationaler Argumentation schwer zu ändern. Sie wirkt schnell belehrend, technokratisch und uneinsichtig. Das heißt nicht, dass man Populismus nur Populismus entgegensetzen muss. Aber öffentlich um seine Positionen kämpfen, Emotionen ansprechen und sie auch selbst zeigen, kann – in Verbindung mit guter Politik, Haltung, Optimismus und innerparteilicher Geschlossenheit – durchaus ein Mittel sein, Populisten zu bremsen. Ihnen mit dem Argument auszuweichen, sie durch eine Auseinandersetzung nicht aufwerten zu wollen, ist wenig erfolgversprechend. Ebenso wenig erfolgreich sind die Hoffnung auf Selbstzerstörung, die Populisten jedoch eher innewohnt als anderen, Ausgrenzung, Stigmatisierung, Sanktionierung oder Übernahme von populistischen Forderungen, die eigenen Positionen aus der Vergangenheit zuwiderlaufen.

Ein hohes Wohlstandsniveau immunisiert nicht gegen Populismus.

Populismus ist mit rationalen Argumenten schwer beizukommen.

Fazit



Populismus und populistische Parteien sind heute weltweit feste Bestandteile der Politik. Vor allem rechts- und nationalpopulistische Parteien und Politiker gelten als demokratiegefährdend (Müller 2016), außerhalb Deutschlands aber auch als fest etabliert und als unvermeidliche oder gar „normale“ Mitglieder der jeweiligen Parteiensysteme (Bauer 2010b, Balent 2013: 179). Populismus entsteht nicht von selbst. Er benötigt Zuhörer, Sender, Themen und Kommunikationskanäle, anders gesagt: Nachfrager, Anbieter und Gelegenheiten (Mudde 2007: 201 ff.). Die Nachfrage schaffen sich die Anbieter in der Regel selbst, in dem sie latent vorhandene und durchaus berechnete Sorgen in der Bevölkerung aufnehmen, sie überhöhen, dramatisieren, polarisieren und personalisieren und Probleme daraus machen, die sie für ihre eigene Existenz benötigen, ohne angemessene Lösungen zu präsentieren. Gelegenheiten finden Populisten auch in den Medien, die ihre Sichtweise transportieren. Im Unterschied zu den meisten Nachbarländern wirkten in Deutschland die klassischen Print- und Funkmedien lange Zeit wie ein Bollwerk gegen Rechtspopulismus (Grabow und Hartleb 2013b: 35). Dieser Bann ist längst aufgehoben. Print- und Funkmedien berichten heute unaufgeregt über die AfD und sind damit ein großes Stück weiter als so manche Bundestagspartei.

Soziale Medien sind
Echokammer für
Populisten.

Gegen die mobilisierende Kraft und Reichweite der sogenannten sozialen Medien war jedoch von vornherein kaum anzukommen. Weltweit werden sie von Populisten virtuos und ohne jede redaktionelle oder ethische Bremse genutzt. Hier werden Stimmungen erzeugt und verstärkt, Vorurteile bedient, politische Gegner diffamiert, Verschwörungstheorien geteilt, Bedrohungsszenarien und Untergangphantasien entworfen. Allein mit rationalen Argumenten ist dagegen wenig auszurichten, zumal sich eine relativ geschlossene Populismuswelt etabliert hat, in der nur noch wahrgenommen wird, was wahrgenommen werden soll. Gäbe es in dieser Welt nicht immer wieder rassistische Hetze, könnte man sie noch als unvermeidlichen Bestandteil eines immer mehr individualisierten und technisch hochgerüsteten Zeitalters auffassen. Dem ist aber nicht so. Übertreibungen, falsche Aussagen und Emotionen schlagen in dieser Welt immer wieder Fakten und haben Einfluss auf die Politik.

Dass es unter diesen Umständen keine leichten oder schnell wirkenden Mittel gegen Populismus und populistische Propaganda geben kann, liegt auf der Hand. Wiederkommen werden dann mehr Aufklärung und mehr politische Bildung gefordert. Das ist sicherlich nicht falsch, gerade aus der Feder einer politischen Stiftung. Ein derartiger Ansatz kann aber nur in sehr langfristiger Sicht gegen populistische Propaganda immunisieren. Gleichzeitig setzt er ein hohes Maß an Vertrauen in und Zufriedenheit mit dem Wirken der anderen Parteien und den Institutionen des Rechtsstaates und tadelloses Verhalten aller Vertreter des von den Populisten verhassten „Establishments“ voraus. Politische Bildung ist also eine flankierende Maßnahme, auf keinen Fall die alleinige Lösung.

In dieser Studie haben wir nach den Reaktionen der Parteien links und rechts der Mitte in Europa auf die Rechts- und Nationalpopulisten gefragt. Für lange Zeit war der Umgang mit Populisten von Stigmatisierung, Ignorieren, Ab- und Ausgrenzung der Populisten, aber auch von Unsicherheit, Zögern, Annäherung an und Übernahme von Positionen der Populisten bis hin zur Bildung von Koalitionen mit ihnen geprägt. Dauerhaft geschadet hat den Populisten keine dieser Strategien. Stigmatisierung und Ausgrenzung führten dazu, dass sich Populisten ihren Zielgruppen als Ausgrenzte und Außenseiter darstellen konnten. Dies bestärkte Gefühl, das „Kartell der Etablierten“ würde den legitimen Aufstieg des Anwalts der Interessen der kleinen Leute blockieren. Anpassung oder eine mehr oder weniger stillschweigende Übernahme von Themen der Populisten war und ist auch keine Lösung. Eine derartige Reaktion gibt Populisten im Nachhinein Recht, birgt aber für Parteien links und

rechts der Mitte Glaubwürdigkeitsrisiken und ist häufig nur ein strategisches Manöver und daher viel zu durchschaubar. Und nicht zuletzt verkauft sich eine Partei links oder rechts der Mitte, die den Anspruch hat, ihr Land zu regieren, mit dem Hinterherlaufen hinter populistischen Forderungen unter Wert.

Auch die Einbindung in Koalitionen, in der Hoffnung, Populisten würden an realpolitischen Zwängen vor aller Augen scheitern, ist alles andere als ein sicherer Weg, sie zurückzudrängen. Zwar gibt es Beispiele für derartige Einbrüche nach Regierungsbeteiligungen, wie 2002 in Österreich oder 2017 in Finnland, aber eine Garantie dafür, Populisten „zu Tode“ umarmen zu können, bietet auch dieser Weg nicht, abgesehen davon, dass es sich um eine recht bittere Kur für ein Land oder die Europäische Union handeln würde oder de facto handelt. Der norwegischen Fortschrittspartei hat aber eine Regierungsbeteiligung nicht geschadet und auch die FPÖ hat sich – nach zwischenzeitlicher Krise – längst wieder erholt.

Angesichts der Ende 2016 in Österreich, im Frühjahr 2017 erst in den Niederlanden und dann in Frankreich gemachten Erfahrungen im Umgang der demokratischen Kräfte links und rechts der Mitte mit den rechts- und nationalpopulistischen Parteien lässt sich jedoch ein Ansatz erkennen, mit dem Rechts- und Nationalpopulisten besiegt werden können: Es ist eine Kombination aus Haltung der demokratischen Kräfte zu den eigenen Werten und Positionen, auch den unbequemen und komplizierten, in einer durch internationale Verflechtungen, Krisen und Unübersichtlichkeit gekennzeichneten Welt, und Politik bzw. die Aussicht darauf, die eine Mehrheit der Bürger davon überzeugt, dass die Geschicke des Landes bei den anderen Parteien eben doch besser aufgehoben sind als bei Populisten. Haltung beinhaltet auch Weltoffenheit und Optimismus, denn das steht im Gegensatz zu den düsteren Zukunfts- und Bedrohungsszenarien, die rechte und nationalistische Populisten heraufbeschwören.

Haltung allein ist keine Garantie dafür, Populisten kleinzuhalten. Aber immer dann, wenn Populisten besiegt wurden, haben die Sieger Haltung gezeigt.

Haltung allein ist keine Garantie dafür, Populisten auf Dauer kleinzuhalten. Aber immer dann, wenn Populisten klein gehalten oder besiegt werden konnten, haben die Sieger Haltung gezeigt, sich Populisten gestellt, für ihre Positionen geworben und die Schwächen der Populisten offen gelegt¹. Man sollte Populisten auch nicht starkreden, indem man ihnen mehr Aufmerksamkeit zuteilwerden lässt als nötig, aber eine gut dosierte und gezielte Auseinandersetzung hat sich bewährt. Ratsam ist natürlich auch immer der Kontakt der Parteien links und rechts der Mitte mit den Bürgern, ihren Erwartungen und Sorgen. Dieser Ansatz ist sicherlich sehr personal- und zeitintensiv, womit die meisten der sogenannten „etablierten Parteien“ an Kapazitätsgrenzen stoßen. Der Ruf danach ist aber auch wohlfeil, da die meisten Parteien links und rechts der Mitte lokal durchaus noch präsent und ansprechbar sind und abgerissene Kommunikationskanäle zwischen Bürgern und „der“ Politik nicht allein an letzterer liegen müssen. Häufig werden auch engagierte Lokalpolitiker in die Pflicht genommen für Entscheidungen, die auf ganz anderen Ebenen getroffen wurden, an der Basis aber für Unbehagen sorgen. Grundsätzlich erscheint jedoch das „Kümmern“ um Belange der Bevölkerung durch die demokratischen Mitte-Parteien immer empfehlenswert zu sein und sollte niemals populistischen oder gar extremistischen Parteien überlassen bleiben.

Das „Kümmern“ sollte niemals populistischen oder gar extremistischen Parteien überlassen bleiben.

Bürgernähe kann also helfen, die weitere Ausbreitung von Rechts- und Nationalpopulismus zu bremsen. Von den Parteien, denen zuletzt Erfolge über Populisten gelungen sind, gilt nur die Österreichische Volkspartei als lokal gut verwurzelte und entsprechend bürgernahe Partei. Die VVD von Mark Rutte ist eher eine liberale Rahmenpartei und Emmanuel Macrons Bewegung ist noch zu jung, um als lokal verankert zu gelten. Sie lebt eher von der Hoffnung der Franzosen, die vom Präsidenten und seiner Bewegung ausgeht.

Was noch auffällt, ist, dass keiner der Kandidaten, die Populisten besiegt haben, in den jeweiligen Kampagnen versprach, speziell auf die vermeintlichen Belange der einheimischen „kleinen Leute“ zugeschnittene Sozialausgaben zu erhöhen oder derartige Programme aufzulegen. Abgesehen von etwaigen Definitionsproblemen in Bezug darauf, wer in den heutigen sozial und kulturell heterogenen Gesellschaften überhaupt als „einheimisch“ gelten soll, haben weder Emmanuel Macron noch Sebastian Kurz noch Mark Rutte im Wahlkampf oder danach versucht, durch Ausweitung sozialpolitischer Leistungen Bürgernähe zu demonstrieren oder ein Kümmererimage zu erzeugen. Die niederländische Vorgängerregierung unter Mark Rutte fiel eher durch strikte Haushaltsdisziplin auch zu Lasten sozialstaatlicher Leistungen auf, was zumindest Rutte nicht schadete (n-tv 2017). Emmanuel Macron hat zwar Problemwohnorte besucht, für sie aber keine Ausgabensteigerungen beschlossen (FAZ 2017) und in Sebastian Kurz' Wahlkampf spielten Ausgabensteigerungen für besondere sozialpolitische Ausgaben keine Rolle (Handelsblatt 2017). Auch darin widerspiegeln sich Haltungen, mit denen man am Ende gegen Populisten gewinnen kann.

1| *Einen Eindruck davon, wie man Populisten mit Inhalten und Haltung begegnen kann, vermittelte beispielsweise der CDU-Abgeordnete Philipp Amthor in einer Debatte zum Thema Demonstrationsrechte im Deutschen Bundestag am 20. Februar 2018 (vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=KR1qmWyGA2Y>, letzter Aufruf am 20.03.2018).*

Quellen

- Aardal, Bernt und Johannes Bergh (2018). „The 2017 Norwegian election“, in: *West European Politics. Online Publication*. DOI: 10.1080/01402382.2017.1415778.
- Alaja, Antti (2011). „In Finland we Experienced this Thing Called 'Jytty'“, in: *Social Europe*, 29. April 2011. www.socialeurope.eu/2011/04/in-finland-we-experienced-this-thing-called-jytty/ (letzter Aufruf am 05.04.2018).
- Allern, Elin Haugsgjerd (2010). „Survival of a Majority Coalition: The Norwegian Parliamentary Election of 14 September 2009“, in: *West European Politics*, 33. Jg., Heft 4, S. 904-912.
- Amann, Melanie (2017). *Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert*. München: Droemer.
- Arndt, Christoph (2016). „Die Wahlen zum dänischen Folketing vom 18. Juni 2015: knapper bürgerlicher Sieg bei erdrutschartigen Wählerwanderungen“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 47. Jg. Heft 4, S. 771–782.
- Arter, David (2011). „Taking the Gilt off the Conservatives' Gingerbread: The April 2011 Finnish General Election“, in: *West European Politics*, 34. Jg. Heft 6, S. 1284–1295.
- Bale, Tim (2003). „Cinderella and Her Ugly Sisters: The Mainstream and Extreme Right in Europe's Bipolarising Party Systems“, in: *West European Politics*, 26. Jg., Heft 3, S. 67–90.
- Bale, Tim, Christoffer Green-Pedersen, André Krouwel, Kurt Richard Luther und Nick Sitter (2010). „If You Can't Beat Them, Join Them? Explaining Social Democratic Responses to the Challenge from the Populist Radical Right in Western Europe“, in: *Political Studies*, 58. Jg., Heft 3, S. 410–426.
- Balent, Magali (2013). „The French National Front from Jean-Marie to Marine Le Pen: Between Change and Continuity“, in: Karsten Grabow und Florian Hartleb (Hrsg.): *Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populism in Europe*. Brüssel: Centre for European Studies, S. 161–186.
- Balent, Magali (2015). „Frankreich“, in: Karsten Grabow, Nico Lange u.a.: *Spiel über Bande. Wie populistische EU-Gegner nationale Politik beeinflussen*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 10–14.
- Bauer, Werner T. (2010a). *Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa*. Wien: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.
- Bauer, Werner T. (2010b). *Rechtspopulismus in Europa. Vergängliches Phänomen oder auf dem Weg zum politischen Mainstream?* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Beckmann-Dierkes, Norbert (2013). *Regierungsbildung in Norwegen*. Länderbericht. Riga: Konrad-Adenauer-Stiftung.

- Beckmann-Dierkes, Norbert und Johann C. Fuhrmann (2011). „Einwanderungsland Norwegen - Demografische Trends und politische Konzepte“, in: KAS Auslandsinformationen 2/2011, S. 39–51.
- Beckmann-Dierkes, Norbert, Martin Becker und Clara Specht (2013). *Regierungswechsel in Norwegen. Länderbericht*. Riga: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Betz, Hans-Georg (2001). „Exclusionary Populism in Austria, Italy and Switzerland“, in: *International Journal*, 53. Jg., Nr. 3, S. 393–420.
- Betz, Hans-Georg (2002). „Rechtspopulismus in Westeuropa. Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung“, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31. Jg., Nr. 3, S. 251–264.
- Bjørklund, Tor (2011). „Die radikale Rechte in Norwegen: Die Entwicklung der Fortschrittspartei“, in: Nora Langenbacher und Britta Schellenberg (Hrsg.): *Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 299–321.
- Bjørklund, Tor und Jørgen Goul Andersen (1999). *Anti-Immigration Parties in Denmark and Norway: The Progress Parties and the Danish People’s Party*. Aalborg: Aalborg Universitetsforlag.
- Decker, Frank (2004). *Der neue Rechtspopulismus*. Opladen: Leske und Budrich.
- Deloy, Corinne (2010). *General Elections in Sweden 19th September 2010 (European Elections Monitor)*. Paris: Fondation Robert Schuman.
- DFI/Deutsch-Französisches Institut (2017). *Vergleich der Positionen der Kandidaten Marine Le Pen, François Fillon, Emmanuel Macron, Benoît Hamon, Jean Luc Mélenchon*. <https://www.dfi.de/pdf-Dateien/Wahlkampf-Frankreich-2017/5er-Vergleich-aktualisiert.pdf> (letzter Aufruf am 28.02.2018).
- DLF/Deutschlandfunk (2018). „Frankreich unter Emmanuel Macron - Hoffnungsträger und Alleinherrscher“. <http://www.ardmediathek.de/radio/Hintergrund/Frankreich-unter-Emmanuel-Macron-Hoffn/Deutschlandfunk/Audio-Podcast?bcasId=21554182&documentId=49049854> (letzter Aufruf am 28.02.2018).
- Die Welt (2016). „Höcke verhöhnt und beleidigt Kanzlerin Merkel“. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article150988335/Hoecke-verhoehnt-und-beleidigt-Kanzlerin-Merkel.html> (letzter Aufruf am 21.02.2018).
- Downs, William M. (2002). „How Effective is the Cordon Sanitaire? Lessons from Efforts to Contain the Far Right in Belgium, France, Denmark and Norway“, in: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung*, 4. Jg., Heft 1, S. 32–51.
- Downs, William M. (2012). *Political Extremism in Democracies. Combating Intolerance*, New York: Palgrave Macmillan.
- Engström, Mats (2010a). *Länderanalyse Schweden. Lagerwahlkampf in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit*. Internationale Politikanalyse. Stockholm: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Engström, Mats (2010b). *Sweden after the Election. Perspektive Nordische Länder*. Stockholm: Friedrich-Ebert-Stiftung.

- *Etzold, Tobias (2013). „Rechtspopulisten übernehmen Regierungsverantwortung in Norwegen“, in: SWP Kurz gesagt vom 12.09.2013. <http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/rechtspopulisten-uebernehmen-regierungsverantwortung-in-norwegen.html> (letzter Aufruf am 05.04.2018).*
- *EU-Kommission (2016). Standard Eurobarometer 85. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union.*
- *FAZ (2017). „Der Staat kann nicht alles“. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/sozialpolitik-in-frankreich-die-plaene-fuer-die-banlieues-15292538.html#void> (letzter Aufruf am 20.03.2018).*
- *FAZ (2018). „Parlamentswahl in Italien“. <http://www.faz.net/aktuell/politik/zahlen-daten-fakten-parlamentswahl-in-italien-15475177.html> (letzter Aufruf am 05.03.2018).*
- *Focus online (2017). „Bisher nicht bekannt: Merkel und Rutte versprechen Türkei Flüchtlingskontingent“. https://www.focus.de/politik/ausland/bis-zu-250-000-personen-bisher-nicht-bekannt-merkel-und-rutte-versprechen-tuerkei-fluechtlingskontingent_id_6772795.html (letzter Aufruf am 7. Mai 2018).*
- *Galetti, Nino, Tatjana Saranca und Nele Wissmann (2017). Nach der Wahl ist vor der Wahl. Paris: Konrad-Adenauer-Stiftung. <http://www.kas.de/frankreich/de/publications/48811/> (letzter Aufruf am 15.02.2018).*
- *Geden, Oliver (2007). Rechtspopulismus: Funktionslogiken - Gelegenheitsstrukturen - Gegenstrategien (SWP-Studies 17), Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.*
- *Goodwin, Matthew (2011). Right Respnse. Understanding and Countering Populist Extremism in Europe. London: Chatham House.*
- *Goul Andersen, Jørgen (2003). „The general election in Denmark, November 2001“, in: Electoral Studies 22. Jg., Heft 1, S. 153–193.*
- *Grabow, Karsten (2016). „Das Volk, des Volkes, dem Volk. Merkmale und Trends zum Begriff des Populismus“, in: Die Politische Meinung, 61. Jg., Heft 539, S. 23–27.*
- *Grabow, Karsten (2017). Die neue Volkspartei. Der Umbau der ÖVP unter Sebastian Kurz. Parteienmonitor kompakt. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.*
- *Grabow, Karsten (2018). „Right-Wing and National Populism in Western Europe“, in: Claudia Crawford, Boris Makarenko, Nikolay Petrov (Hrsg.): Populism as a Common Challenge. Moskau: Political encyclopedia, S. 58–66.*
- *Grabow, Karsten und Florian Hartleb (2013a). „Strategic Responses to the Populist’s Advance: Options for Christian Democratic and Conservative Parties“;*
- *Grabow, Karsten und Florian Hartleb (2013b). „Mapping Present-day Right-wing Populists“, beide in: dies. (Hrsg.): Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populism in Europe. Brüssel: Centre for European Studies, S. 399–409, S. 13–44.*

- Grabow, Karsten und Torsten Oppelland (2015). „Ich will die EU zerstören“. *EU-Gegner im 8. Europäischen Parlament. Eine Jahresbilanz*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Green-Pedersen, Christoffer und Jesper Krogstrup (2008). „Immigration as a political issue in Denmark and Sweden“, in: *European Journal of Political Research*, 47. Jg., Heft 5, S. 610–634.
- Handelsblatt (2017). „Das sind die Ziele von Sebastian Kurz“. <http://www.handelsblatt.com/politik/international/oesterreich-das-sind-die-ziele-von-sebastian-kurz/20441952-all.html> (letzter Aufruf am 20.03.2018).
- Harmel, Robert und Lars Svåsand (1997). „The Influence of New Parties on Old Parties' Platforms. The Cases of the Progress Parties and Conservative Parties of Denmark and Norway“, in: *Party Politics* 3. Jg., Heft 3, S. 315–340.
- Hartleb, Florian (2006). „Rechts- und Linkspopulismus im westeuropäischen Vergleich – Zur strukturellen und inhaltlichen Bestimmung eines eigenständigen Parteientypus“, in: Uwe Backes und Eckhard Jesse (Hrsg.): *Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 105–145.
- Heinisch, Reinhard (2003). „Success in Opposition - Failure in Government. Explaining the Performance of Right-Wing Populist Parties in Public Office“, in: *West European Politics*, 26. Jg., Heft 3, S. 91–130.
- Heinisch, Reinhard (2013). „Austrian Right-wing Populism. A Surprising Comeback under a new leader“, in: Karsten Grabow und Florian Hartleb (Hrsg.): *Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populism in Europe*. Brüssel: Centre for European Studies, S. 47–79.
- Heinze, Anna-Sophie (2017). „Strategies of mainstream parties towards their right-wing populist challengers: Denmark, Norway, Sweden and Finland in comparison“, in: *West European Politics*. Online-Publikation. <http://www.tandfonline.com/eprint/vgm3jU73BiATPxIcUmXX/full> (letzter Aufruf am 25.04.2018).
- Hellström, Anders und Peter Hervik (2011). *Feeding „the Beast“: Nourishing Nativist Appeals in Sweden and Denmark*, Aalborg: Aalborg Universitet.
- Hellström, Anders, Tom Nilsson und Pauline Stoltz (2012). „Nationalism vs. Nationalism: The Challenge of the Sweden Democrats in the Swedish Public Debate“, in: *Government and Opposition*, 47. Jg., Heft 2, S. 186–205.
- Herrmann, Gunnar (2015). „Triumph der dänischen Rechtspopulistischen“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 03.07.2015, online verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/profil-pia-kjrsgaard-1.2547721> (letzter Aufruf am 05.04.2018).
- Jakobsen, Kjetil A. (2015). „Aufstand der Bildungsverlierer? Die Fortschrittspartei auf dem norwegischen Sonderweg“, in: Frank Decker, Bernd Henningsen und Kjetil A. Jakobsen (Hrsg.): *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*. Baden-Baden: Nomos, S. 147–164.

- Jochem, Sven (2012), *Die politischen Systeme Skandinaviens*, Wiesbaden: Springer VS.
- Jochem, Sven (2015). „Die schwedische Reichstagswahl vom 14. September 2014: Regierungswechsel und Regierungskrise im Minderheitsparlamentarismus“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 46 Jg., Heft 3, S. 494–504.
- Jochem, Sven (2016). „Die Parlamentswahl 2015 in Finnland – Herausforderungen für die Verhandlungsdemokratie“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 47. Jg., Heft 1, S. 102–117.
- Jungar, Ann-Cathrine (2015). „Convergence by different means: The Finns Party and the Sweden Democrats“, in: Frank Decker, Bernd Henningsen und Kjetil Jakobsen (Hrsg.): *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa: die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*. Baden-Baden: Nomos, S. 187–204.
- Jupskås, Anders Ravik (2013). „The Progress Party: A Fairly Integrated Part of the Norwegian Party System?“, in: Karsten Grabow und Florian Hartleb (Hrsg.): *Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe*, Brüssel: Centre for European Studies, S. 205–236.
- Kahlweit, Cathrin (2017). „Kurz und scharf: ÖVP und SPÖ überbieten sich gegenseitig mit populistischen Forderungen gegen weitere Asylsuchende. Da staunt selbst die rechte FPÖ.“ <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlkampf-kurz-und-scharf-1.3574504> (letzter Aufruf am 27.02.2018).
- Kempin, Ronja (2017). *Der Front National. Erfolg und Perspektiven der „stärksten Partei Frankreichs“*. Berlin: SWP-Studie.
- Kitschelt, Herbert und Anthony McGann (1995). *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Klein, Andreas M. (2013). „The End of Solidarity? On the Development of Right-wing Populist Parties in Denmark and Sweden“, in: Karsten Grabow und Florian Hartleb (Hrsg.): *Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe*. Brüssel: Centre for European Studies, S. 105–131.
- Koskinen, Jaakko (2013). „Antimuslimischer Rassismus und Flirt mit dem Faschismus. Suomen Sisu und die Wahren Finnen“, in: Tobias Alm und Cordelia Hess (Hrsg.): *Rechtspopulismus kann tödlich sein! Entwicklung und Folgen des Rechtsrucks in Skandinavien*. Münster: Edition Assemblage, S. 95–101.
- Kurier (2017). „SPÖ-Chef: ‚Nein zu Rot-Blau hat uns erpressbar gemacht‘“. <https://kurier.at/politik/inland/kriterienkatalog-spo-eoeffnet-sich-zur-fpoe-aber-koalitionschuerden-fuer-alle/269.781.193> (letzter Aufruf am 25.02.2018).
- La Repubblica (2015). „Votazione 4“, http://www.repubblica.it/static/speciali/politica/2015/elezioni-presidente-repubblica/risultati-tempo-reale.html?refresh_cens (letzter Aufruf am 27.04.2018).
- Maass, Gero (2013). *Vor den Wahlen in Norwegen. Die sozialdemokratische AP hat fast alles richtig gemacht und wird vielleicht doch verlieren. Perspektive Nordische Länder*. Stockholm: Friedrich-Ebert-Stiftung.

- Matlok, Siegfried (2015), *Dänemark nach der Wahl: Ein wenig Hamlet. Länderbericht*. Riga: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- McLaren, Lauren (2011). „Immigration and Trust in Politics in Britain“, in: *British Journal of Political Science* 42. Jg., Heft 1, S. 163–185.
- MDR (2017). „Der neue Ton im Bundestag Thüringens wütendster Abgeordneter stammt von der AfD und ist bald im Parlament“. <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/debattenkultur-im-naechsten-bundestag-100.html> (letzter Aufruf am 21.02.2018).
- Meret, Susi (2011). „Vom Rand zur Mitte? Die Entwicklung der radikalen Rechten in Dänemark“, in: Nora Langenbacher und Britta Schellenberg (Hrsg.): *Europa auf dem „rechten“ Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 257-279.
- Minkenberg, Michael (2001). „The Radical Right in Public Office: Agenda-Setting and Policy Effects“, in: *West European Politics*, 24. Jg., Heft 4, S. 1–21.
- Montag, Tobias (2017). *In Bewegung. Der 38. Ordentliche Bundesparteitag der ÖVP*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Müller, Jan-Werner (2016). „Was heißt: Populismus an der Macht?“, in: *Osteuropa*, 66. Jg., Nr. 1–2, S. 5–17.
- Mudde, Cas (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nijhuis, Ton (2017). „Keine populistische Wende. Eine Bilanz der niederländischen Wahlen 2017“, in: *Zeitschrift für Politik* (3), S. 350–363.
- Nordsieck, Wolfram (verschiedene Jahre). *Parties and Elections in Europe*. <http://www.parties-and-elections.eu/countries.html> (letzter Aufruf am 13.04.2018).
- n-tv (2017). „Wilders und Rutte im Duell. Türkei-Eklat beherrscht die TV-Debatte“. <https://www.n-tv.de/politik/Tuerkei-Eklat-beherrscht-die-TV-Debatte-article19744206.html> (letzter Aufruf am 21.02.2018).
- Nurmi, Hannu und Lasse Nurmi (2012). „The parliamentary election in Finland, April 2011“, in: *Electoral Studies* 31. Jg., Heft 1, S. 234–238.
- Nurmi, Hannu und Lasse Nurmi (2015). „The parliamentary election in Finland April 19, 2015“, in: *Electoral Studies* 40 Jg. Heft 1, S. 433–438.
- Parusel, Bernd (2015). *Flüchtlingspolitik in Schweden. Vom Klassenbesten zum Rüpel in der letzten Bank? Länderbericht*. Riga: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Pauwels, Teun (2013). „Belgium: Decline of National Populism?“, in: Karsten Grabow und Florian Hartleb (Hrsg.): *Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populism in Europe*. Brüssel: Centre for European Studies, S. 81–104.

- Pehle, Heinrich (2010). „Nordeuropa: Schweden, Finnland, Dänemark“, in: Jürgen Dieringer und Roland Sturm (Hrsg.): *Regional Governance in EU-Staaten*. Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 286–302.
- Pelinka, Anton (2005). „Die FPÖ: Eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition“, in: Susanne Frölich-Steffen und Lars Rensmann (Hrsg.): *Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*. Wien: Braumüller, S. 87–104.
- Priester, Karin (2012). „Wesensmerkmale des Populismus“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 5-6/2012, S. 3–9.
- Raunio, Tapio (2013). „The Finns: Filling a Gap in the Party System“, in: Karsten Grabow und Florian Hartleb (Hrsg.): *Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe*. Brüssel: Centre for European Studies, S. 133–160.
- Ridder-Strolis, Katrin und Stephan Rasche (2015a). *Nationale Zentrumspartei gewinnt finnische Parlamentswahlen*. Länderbericht. Riga: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Ridder-Strolis, Katrin und Stephan Rasche (2015b). *Regierungsbildung in Finnland*. Länderbericht. Riga: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Röver, Corinna (2014). *Parlamentswahl in Schweden - Schwedendemokraten werden drittstärkste Kraft*. Länderbericht. Riga: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Röver, Corinna (2015). *Historische „Dezemberübereinkunft“ beendet schwedische Regierungskrise*. Länderbericht. Riga: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Rydgren, Jens (2004). „Explaining the Emergence of Radical Right-Wing Populist Parties: The Case of Denmark“, in: *West European Politics*, 27. Jg., Heft 3, S. 474–502.
- Rydgren, Jens (2006). „Vom Wohlfahrtschauvinismus zur ideologisch begründeten Fremdenfeindlichkeit. Rechtspopulismus in Schweden und Dänemark“, in: Frank Decker (Hrsg.): *Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 165–190.
- Saveljeff, Sigrid (2011). *New Questions and New Answers. Strategies towards parties with radical right-wing populist profile (Current Themes in IMER Research 11)*. Malmö: Malmö University.
- Schmiester, Carsten (2017). „Rechtsaußen verliert Machtpoker“, *Deutschlandfunk* vom 15.06.2017. http://www.deutschlandfunk.de/regierungskrise-in-finnland-rechtsaussen-verliert-machtpoker.795.de.html?dram:article_id=388772 (letzter Aufruf am 05.04.2018).
- Schumacher, Gijs und Kees van Kersbergen (2014). „Do mainstream parties adapt to the welfare chauvinism of populist parties?“, in: *Party Politics Online-First*, S. 1–13.
- Sitter, Nick (2006). „Norway’s Storting Election on September 2005: Back to the Left?“, in: *West European Politics*, 29. Jg., Heft 3, S. 573–580.

- Spiegel online (2018). „E-Mail bringt AfD-Mann in Erklärungsnot“. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/peter-boehringer-e-mail-bringt-afd-mann-in-erklaerungsnot-a-1192686.html> (letzter Aufruf am 21.02.2018).
- Stubager, Rune (2012). „The parliamentary election in Denmark, September 2011“. in: *Electoral Studies* 31. Jg., Heft 4, S. 861–870.
- Voermann, Gerrit und Paul Lucardie (2013). „Geert Wilders and the Party for Freedom in the Netherlands: A Political Entrepreneur in the Polder“, in: Karsten Grabow und Florian Hartleb (Hrsg.): *Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populism in Europe*. Brüssel: Centre for European Studies, S. 187–203.
- Widfeldt, Anders (2015). *Extreme Right Parties in Scandinavia*. London/New York: Routledge.
- Wirries, Clemens (2015). „Populismus und Pragmatismus. Genese und Etablierung der Dänischen Volkspartei“, in: Frank Decker, Bernd Henningsen und Kjetil Jakobsen (Hrsg.): *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*. Baden-Baden: Nomos, S. 129–145.
- Yle (2016). „Yle poll suggests voters less sure - but SDP still the best-supported party“, in: Yle vom 04.02.2016. http://yle.fi/uutiset/yle_poll_suggests_voters_less_surebut_sdp_still_the_best-supported_party/8647680 (letzter Aufruf am 12.03.2016).

Die Autoren

Franziska Fislage ist Referentin für Internationalen Parteidialog in der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung und Mitglied der stiftungsweiten Arbeitsgruppe Parteienforschung der KAS.

Dr. habil. Karsten Grabow leitet die Arbeitsgruppe Parteienforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Anna-Sophie Heinze, M.A., ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Politische Systeme und Systemvergleich der Technischen Universität Dresden und Doktorandin am Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Ansprechpartner:

Dr. habil. Karsten Grabow

Hauptabteilung Politik und Beratung

Telefon: +49(0)30/26996-3246

E-Mail: Karsten.Grabow@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 10907 Berlin

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2018, Sankt Augustin/Berlin

Eine Veröffentlichung der Arbeitsgruppe Parteienforschung
der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bilder:

Umschlag, Seite 4, 8, 39, 44:

© jozefmicic, fotolia

Gestaltung und Satz:

Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-95721-438-6